

Dieter Hoffmeister

Corona und die Politik multipler Resonanzen

Zusammenfassung: Die Corona-Krise hat, ganz anders als die ökologische Krise, umfangreiche, elementare und vom Bürger weitgehend akzeptierte politische, medizinische und mediale Maßnahmen und Reaktionen in Gang gebracht. Das ist erstaunlich, entspringen doch beide Krisen ein und derselben Ursache: einer konsumorientierten Lebensweise, die spätestens seit der Industrialisierung immer mehr zur zweiten Natur des Menschen geworden ist. Das wirft Fragen auf. Etwa die danach, warum vor allem politische und mediale Resonanzen auf die Krisen im Lichte ihrer Gleichursprünglichkeit so unterschiedlich ausfallen. Ob dies womöglich als Ausdruck der Tatsache zu deuten ist, dass zentrale gesellschaftliche Funktionssysteme den von ihnen selbst geschaffenen Leviathan Wachstum im Horizont einer immer radikaler vergesellschafteten Natur nicht mehr zu bändigen in der Lage sind. Und auch die danach, welche Fallstricke lauern, wollten sie dies überhaupt noch bewerkstelligen. Wenn, so die zentrale These, die ökologische Krise die Welt weitaus stärker bedroht als das Corona-Virus, dann sehen sich alle gesellschaftlichen Funktionssysteme künftig vermutlich mit Fragen sehr grundsätzlicher Art konfrontiert - und es wäre dann nicht nur die Perspektive auf das menschliche Naturverhältnis, sondern auch der Begriffsapparat zu wechseln.

Abstract: Different to the ecological crisis, the corona-crisis has induced extensive political, medical, and mass-media measures that are widely accepted by the general public. This is astonishing, because both crises arise from one and the same cause: a way of life, that is focused on consumption and that became a second nature of man since the beginning of industrialization. That raises questions. For example, why, political and media responses to the crises are so different considering their shared origin; or if this could be interpreted as an expression of the fact, that central social systems are no longer able to tame the leviathan „growth“ they have created themselves. Especially, in the context of an increasingly socialized nature. If the ecological crisis poses far more of a threat than the corona virus, then social systems will be confronted with fundamental questions in the future - and then it will probably not only be necessary to change the perspective on the human relationship to nature, but also to change the conceptual apparatus.

Autor:

Dieter Hoffmeister ist apl. Professor i.R. am Institut für Soziologie der WWU Münster. Er arbeitet vor allem zu den Themen Familiensoziologie, Armutsforschung, soziologische Theorie und Nachhaltigkeitsforschung.

hoffmed@uni-muenster.de

Soziologie und Nachhaltigkeit
Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung

Sonderband II: Die sozial-ökologische Transformation in der Corona-Krise
ISSN 2364-1282



Creative Commons-Lizenz, 2020

Herausgeber: Benjamin Görgen, Matthias Grundmann, Niklas Haarmusch, Dieter Hoffmeister,
Björn Wendt

Redaktion: Niklas Haarmusch

Layout/Satz: Frank Osterloh/Niklas Haarmusch

Anschrift: WWU Münster, Institut für Soziologie
Scharnhorststraße 121, 48151 Münster

Telefon: (0251) 83-25303

E-Mail: sun.redaktion@wwu.de

Website: www.ifs.wwu.de/sun



Einleitung

Betrachtet man politische Entscheidungen als Reaktionen auf andere politische Entscheidungen, so lässt sich häufig eine Art doppelte Resonanz konstatieren: Durch erste politische Entscheidungen werden ökonomische, rechtliche oder soziale Prozesse gerahmt und bestimmte Entwicklungspfade vorgegeben. Hierdurch kommt es dann nicht selten zu Fehlentwicklungen und Krisen, die ihrerseits politisches Entscheiden erforderlich machen. Die Tatsache, dass diese Krisen sich als Folgen, Nebenfolgen und Nebenfolgen von Nebenfolgen politischer Erstentscheidungen präsentieren, führt in komplexen Gesellschaften schlussendlich zu multiplen Resonanzen auf die durch solche Erstentscheidungen ausgelösten Entwicklungen.

Genau dies ist der Fall, wenn wir die durch das Coronavirus Typ SARS-CoV-2 ausgelöste Pandemie (im Folgenden „Corona-Krise“) sowie die Folgen der Umweltkrise (im Folgenden „ökologische Krise“) vergleichend in den Blick nehmen. Beide Krisen erweisen sich bei genauerem Hinsehen als Folgen gleichen Ursprungs, ohne dass ihre Gleichursprünglichkeit hinreichend gewürdigt und entscheidend in das gegenwärtige Handeln einbezogen worden wäre. Es geht hier um Entscheidungen hinsichtlich einer bestimmten Lebensweise, die auf Konsum, Wachstum und ungebremsten Verbrauch natürlicher Ressourcen abzielen. Krisen wie die hier diskutierten entspringen immer häufiger dem mit einer solchen Wachstums- und Verbrauchslogik korrespondierenden Verhältnis des Menschen zur Natur. Dabei lässt sich seit längerem bereits beobachten, dass dieses Verhältnis im Verlauf der Geschichte immer mehr in einen „grundständig geschichtsträchtigen“ (Tjaden 1992: 26) Widerspruch geraten ist. Das liegt vor allem daran, dass im Zuge der wissenschaftlich-technischen Entwicklung Stoffe und Energien aus der Natur in immer größerem Umfang für menschliche Zwecke entnommen und

folgenreich umgewandelt wurden (Tjaden 1992: 35), wobei die Weltbevölkerung selbst, und damit die Anzahl der Verbraucher*innen solcher Stoffe und Energien, exponentiell zugenommen hat.

All dies ist ebenso bekannt wie die Tatsache, dass nicht nur die Gewinnung und Verarbeitung, sondern auch die Entsorgung all dieser Ressourcen immer problematischer wird und dass diese Problematik inzwischen ein globales Ausmaß angenommen hat. Die Zerstörung unserer eigenen Lebensgrundlagen durch solche Eingriffe in die Komplexität der Ökosysteme Boden, Wasser und Luft – zum Beispiel durch zunehmenden Rohstoffverbrauch, zunehmende Mobilität, die Ausweitung menschlicher Lebensräume oder die exponentielle Zunahme der Weltbevölkerung – führte insofern fast entwicklungslogisch zu einem zunehmend kritischer werdenden Zustand der Welt hinsichtlich ihrer biologischen Seinsverletzlichkeit, was zunehmend auch ihre Bewohner*innen einschloss. Zu den damit einhergehenden ökologischen Risiken und der immer problematischer werdenden Beziehung des Menschen zu den natürlichen Quellen des materiellen Reichtums, gesellte sich im Verlaufe dieses Prozesses die Zunahme sozialer Risiken. Hierzu wäre etwa die pandemische Ausbreitung sozialer Ungleichheiten zu zählen, was vom ebenfalls immer problematischer werdenden Verhältnis des Menschen zu seinen Nächsten und sich selbst zeugt.

Warnungen vor all diesen Bedrohungen und der Zunahme ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit existierten zuhauf.¹ Die eine solche Entwicklung

1 So etwa in den periodisch erscheinenden Berichten des World Economic Forum, dem „Global Risks Report 2020“. Hier werden seit vielen Jahren ökonomische, ökologische, geopolitische, soziale und technologische Risiken in ihren Erscheinungsformen und Zusammenhängen dargestellt und diskutiert (World Economic Forum 2020). Auch wurde bereits im Jahre 2013 von der Bundesregierung eine für die Unterrichtung des Bundestages vorgesehene Risikoanalyse erstellt, in der explizit auf die Gefahr eines außergewöhnlichen Seuchengeschehens durch die Verbreitung

auslösende Lebensweise allerdings zu verlangsamten, zu stoppen oder gar umzukehren, schien und scheint kaum möglich zu sein. Mangelnde Handlungsbereitschaft in den hierfür zuständigen gesellschaftlichen Teilsystemen sowie ein weitgehend fehlendes Bewusstsein für die Zusammenhänge zwischen eben dieser Lebensweise und den durch sie erzeugten Risiken bei den Konsumenten*innen mögen, neben ausgeprägter Profitgier, nur einige der Ursachen hierfür sein.

Globalisierung, Ökonomisierung und zunehmender Raubbau an den natürlichen Ressourcen in einer durch Mobilität entgrenzten Welt sind die Insignien einer solchen Entwicklung; damit korrespondierende Konsumgewohnheiten und Lebensstilmuster ihr lebenspraktisches Pendant. Letztere werden gern mit dem Label *Wohlstand* assoziiert. *Wohlstandsfortschritt* bezeichnet in diesem Zusammenhang also stets das Immer-Mehr des ihm zugrunde liegenden Produzierens und Konsumierens im globalen Maßstab (vgl. hierzu u.a. Hoffmeister 2015). Der epochale Reiz eines solchen Höher, Schneller und Weiter wird bei alledem offenbar flankiert von veränderten

und sich auch weiterhin verändernden mentalen Befindlichkeiten und Bedürfnisstrukturen.

All dies zusammengenommen markiert einen Wendepunkt in der Prävalenz des Risikos: Die ihre eigenen Folgen ignorierende Entwicklung hat inzwischen Risiken hervorgebracht, die seit langem bereits proportional in dem Maße zunehmen, in dem sich die ihnen zugrunde liegende Lebensweise immer weiter ausweitet und zudem als einzige Möglichkeit begriffen wird, Glück und Zufriedenheit zu erlangen. Dagegen anzugehen, sind Teile der sozialen Bewegung, die Vertreter*innen der sogenannten Öko-Bewegung, in Theorie und Praxis angetreten. Allerdings geschah dies mit unterschiedlicher politischer Intention, unterschiedlichen Positionen und Strategien sowie in unterschiedlichen Zeitläufen (vgl. Huber 1991: 31 ff.).

Begleitet wurde ein solches Anrennen gegen die vermeintlichen Verirrungen des Menschen von der weithin verbreiteten Annahme, dass dessen Bedürfnisstrukturen, geprägt in einem langen evolutionären Prozess und ontologisch weitgehend stabil, sich über die Zeit hinweg kaum oder nur unwesentlich verändert haben. Dazu zählt die weitere Annahme, dass ein dem Menschen innewohnender Wesenskern, eine Art Seiendheit (*Ousia*), existiere, der seine ewig gültige Naturverbundenheit prägt und bestimmt. Folgt man dieser Annahme, dann wären die menschlichen Quellen von Glück und Zufriedenheit in der Tat zeitlos und des Menschen wahres Sinnen und Trachten bestünde von jeher und auf ewig darin, ein Leben im Einklang mit der Natur, in Ruhe und Beschaulichkeit und damit in der Geborgenheit und „Herrlichkeit des Kleinen“ (Kohr 2002: 181 ff.) zu führen. Dieser eigentlichen Bestimmung des Menschen – seinem Glück im Kleinen, seiner Bescheidenheit im Gleichklang mit der Natur – steht so gesehen sein Hang nach Wachstum und Haben-Wollen, mithin eine uneigentliche, all dies verhindernde Fehlentwicklung, entgegen.

eines neuartigen Erregers „Modi-SARS“ hingewiesen und in einem Worst-Case-Szenario modelliert wird: „Mehrere Personen reisen nach Deutschland ein, bevor den Behörden die erste offizielle Warnung durch die WHO zugeht. Darunter sind zwei Infizierte, die durch eine Kombination aus einer großen Anzahl von Kontaktpersonen und hoher Infektiosität stark zur initialen Verbreitung der Infektion in Deutschland beitragen. Obwohl die laut Infektionsschutzgesetz und Pandemieplänen vorgesehenen Maßnahmen durch die Behörden und das Gesundheitssystem schnell und effektiv umgesetzt werden, kann die rasche Verbreitung des Virus aufgrund des kurzen Intervalls zwischen zwei Infektionen nicht effektiv aufgehalten werden.“ (Deutscher Bundestag 2012: 5). Fazit: Nach 300 Tagen, also bis zur Verfügung eines massentauglichen Impfstoffs, wären etwa 6 Millionen Menschen in Deutschland an dem neuen Virus erkrankt. Letalitätsraten werden hier zwar nicht genannt, dürften sich aber, je nach Dunkelziffer der Infizierten, neueren Erkenntnissen zufolge zwischen 0,5% und 3-4% bewegen. Dies entspräche etwa 30.000 bis 240.000 Todesfällen allein in dieser 300-Tage-Phase.

Wäre dem so, dann ginge es in der Konsequenz tatsächlich darum, die Eigentlichkeit des Menschen zurückzugewinnen, wollte man ihn denn zu sich selbst zurückführen. Dem allerdings steht möglicherweise die bereits erwähnte Veränderung seiner Bedürfnisstrukturen im Verlaufe des historischen Prozesses entgegen.

Das Bemühen um Selbstrettung des Menschen trifft aber auch auf weitere Hürden. Besinnung und Umkehr sind nämlich alles in allem zutiefst sozialmoralische Anliegen. Denn dass das Bemühen um Selbstrettung die Abwendung unterschiedlichster Risiken als Absolutum der politischen, sozialen und wissenschaftlichen Orientierung einschließt, ist dem Bemühen selbst immanent, wie etliche Publikationen belegen (vgl. u.a. Meadows et al. 1973, Beck 1986, Beck 2008, Kohr 2002, Paech 2012, Welzer 2013). Ob und inwieweit hierbei Zwecke und Ziele aber tatsächlich zusammengehen, welche Mechanismen solchen Rettungsversuchen möglicherweise entgegenstehen, welche Aporien ihnen begegnen und welche unverzichtbaren Notwendigkeiten für ihr Gelingen dabei zu perspektivieren wären, soll im Folgenden am Beispiel eines Vergleichs zwischen dem Umgang mit der Corona-Krise auf der einen sowie mit der ökologischen Krise auf der anderen Seite zentrales Thema sein.

Hierzu werden zunächst die Gleichursprünglichkeit von Coronakrise und ökologischer Krise rekonstruiert (Abschnitt 1), um anschließend deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Blick zu nehmen (Abschnitt 2). Ausgehend von Wachstum, technischem Fortschritt und Konsum (Abschnitt 3), wird folgend in einem Exkurs auf die im historischen Prozess sich verändernden Bedürfnisstrukturen des Menschen eingegangen (Abschnitt 4), anschließend die Rolle sozial-moralistisch begründeter Verantwortungsübernahme im Umgang mit beiden Krisen erörtert (Abschnitt 5) und abschließend für eine Überwindung der doppelten Resonanz hinsichtlich gängiger Kri-

senreaktionsmuster bei gleicher Ursache plädiert (Abschnitt 6).

1. Die Gleichursprünglichkeit der Ursache

Zweifelsfrei haben Globalisierung, Ökonomisierung aller Lebensbereiche, zunehmende Mobilität und ständiger wissenschaftlich-technischer Fortschritt positive Veränderungen hervorgebracht. Diese reichen von einer Überwindung des Mangels durch verbesserte Techniken im Bereich der Agrikultur über die stete Weiterentwicklung des medizinischen Wissens zum Wohle des Menschen bis hin zu dem, was gemeinhin als kultureller Fortschritt bezeichnet wird. All dies waren, vor allem angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung, bemerkenswerte wissenschaftlich-technische Leistungen. Allerdings haben alle diese Leistungen auch eine Kehrseite: Sie beschleunigen nicht nur den gesellschaftlichen Wandel selbst, sondern sie verändern auch die ökologischen und sozialen Grundlagen des Zusammenlebens. Und immer häufiger geschieht dies im Namen einer zum Fetisch gewordenen technisch-wissenschaftlichen Entwicklung, die der Logik von Produktion und Konsum folgt.

Wissenschaftlich-technische Leistungen zeitigen also nicht nur positive Folgen, sondern sie führen auch zu einer Zunahme von Risiken und in der Folge von Katastrophen, die das Fortschrittskonzept selbst infrage stellen (Beck 1986, Beck 2008). Das liegt vor allem daran, dass Gesellschaften im Horizont ihres Voranschreitens stets Probleme erzeugen, die dann, wie wir aus der Systemtheorie wissen, in ihren jeweiligen Funktionssystemen – etwa im Recht, in den Medien, der Religion, der Bildung, der Wissenschaft oder der Politik – bewältigt werden müssen. Eine solche Aufgabe kommt auf alle diese Systeme infolge der pandemischen und mit Wucht auftretenden Corona-Krise ebenso zu wie infolge der vergleichsweise langsam

voranschreitenden ökologischen Krise. Die Eroberung und Unterwerfung der Natur durch den Menschen, die mit dem Prozess ihrer Aneignung einhergehende Komplexitätssteigerung sowie die gesellschaftliche Bewältigung aller damit einhergehenden Probleme unter der Bedingung funktionaler Differenzierung, all das hat seinen Preis. Und es ist ein Preis, der – unter der Führung von Wissenschaft und Technik, Bildung und Medizin, Politik und Recht – Kontingenz und Unkalkulierbarkeit hervorbringt, die ihrerseits einen entscheidenden Kulminationspunkt krisenhafter Entwicklungen darstellen (Luhmann 1996).²

All dies ist seit langem bekannt. Und auch, dass unter dem Diktum der Gestaltbarkeit und Steuerbarkeit der Welt nicht nur multiple Handlungsoptionen, sondern auch multiple Handlungszwänge und mit ihnen neue Handlungsrisiken entstanden sind.³ Daraus erwachsende Gefahren und Katastrophen – etwa kriegerischer, ökologischer, ökonomischer oder gesundheitlicher Art – sind Ereignisse, die nicht nur von der Politik oder den Medien, sondern auch von unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen aufmerksam in den Blick genommen werden. Der Grund hierfür liegt auf der Hand: „Das Eingreifen in einen vormals als quasi-natürlich geglaubten

Gang der Welt produziert ohne Zweifel ein Bewußtsein der Gestaltbarkeit, Veränderbarkeit und Steuerbarkeit der Welt – dies jedoch muß mit dem Risiko der falschen Entscheidung oder Unterlassung bezahlt werden“ (Kneer/Nassehi 2000: 173). Man kann, ja muss also Fehler machen in dieser Gemengelage, etwa durch falsches Entscheiden oder Handlungsunterlassung, und damit den Erhalt sozialer Ordnungen gefährden (Diamond 2005). Gleichwohl geschieht das In-Den-Blick-Nehmen solcher Entwicklungen stets im Bemühen darum, gesellschaftlich wirksame Resilienzstrategien zu entwickeln gegen Risiken und Gefahren in unterschiedlichen Erscheinungsformen, Intensität und Dauer.

In komplexen, modernen Industriegesellschaften lassen sich häufig Widersprüche in der diskursiven Beurteilung solcher Risiken und Gefahren hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und möglichen Folgen beobachten. Das liegt zum einen daran, dass soziale Systeme in der Regel ihren eigenen Beobachtungslogiken folgen, dabei füreinander unerreichbar sind und somit ein gemeinsames Erkennen und Anerkennen von Problemlagen eher die Ausnahme als die Regel ist. Zum anderen liegt dies aber auch am zeitlichen Auseinanderklaffen von Ursache und Wirkung eines krisenhaften Ereignisses, zwischen auslösendem Moment und dessen ungeplanten, zeitlich versetzten und oft weit verzweigten Folgen (Luhmann 1996).

Entsprechendes lässt sich sowohl für die aktuelle Corona-Krise als auch für die ökologische Krise hinsichtlich ihrer gesundheitlichen, ökonomischen und sozialen Folgen beobachten. Beide Katastrophen haben nicht nur direkte Auswirkungen auf Gesellschaften, sondern auch zeitlich versetzte, indirekte und wegen ihrer Komplexität weit in die Funktionssysteme hinein verzweigte Folgen. Nicht zuletzt darum sind moderne Gesellschaften wiederholt als Risikogesellschaften bezeichnet worden. Die Frage im Schadensfalle ist

2 Luhmann bemerkt hierzu: Technik sowie die Orientierung an ihr, entspreche mit ihrer „Raumgrenzen auflösenden funktionalen Differenzierung (...) im evolutionstheoretischen Konzept (...) keine immer bessere Anpassung der Gesellschaft an ihre Umwelt, wie sie ist. Sie dient mit der Vermehrung von Optionsmöglichkeiten, der Entfaltung der Eigendynamik des Gesellschaftssystems.“ (Luhmann 1996: 534 f.)

3 Von einem Risiko ist in systemtheoretischer Perspektive stets dann die Rede, wenn künftige Schäden menschlichen Entscheidungen zugerechnet und die Entscheider*innen als Verursacher*innen des Schadens identifiziert und adressiert werden können. Von Gefahr hingegen dann, wenn ein Schaden personal nicht zurechenbaren Entscheidungen entspringt, also als *natürlich* und damit als *extern verursacht* zu betrachten ist.

dann stets die, welche Präventionsmaßnahmen zu ergreifen sind oder welche hätten ergriffen werden können, wie also verantwortliches Handeln aussehen muss oder wie es hätte aussehen sollen. Diese Fragen lenken den Blick fast zwangsläufig auf die näheren Umstände des Falles, auf unterschiedliche Merkmale und Eigenschaften oder auf probabilistische Aussagen zu möglichen Verläufen und Schäden eines krisenhaften Ereignisses, denn das Instrumentarium zur Krisenabwehr ist ja seinerseits zugleich komplex und spezifisch.

Allerdings bleibt im Schwange entsprechender Beobachtungen, Modellierungen, Szenarien und Kommentierungen der Blick auf die Gleichursprünglichkeit der Ursache für die hier diskutierten Krisen offenbar weitgehend gestellt. Vergleicht man nämlich beide Ereignisse unter den hier nur kursorisch formulierten Rahmenbedingungen miteinander, so scheinen sie hinsichtlich ihres Auftretens auf den ersten Blick zunächst kaum miteinander verwandt zu sein. Das beginnt bereits bei der Annahme ihrer jeweiligen Ursache: ein Zuviel an Raubbau und Emissionen hier, eine Fledermaus dort. Es setzt sich fort mit Blick auf die unterschiedlichen Erscheinungsformen (Zunahme der Treibhausgase, Dürre und steigende Meeresspiegel hier; Fieber, Husten, Schwindel und Lungenversagen dort) und endet mit der zeitlichen Verschiedenheit ihres Eintritts, der Wucht ihres Auftretens oder der Intensität der jeweiligen Krisenfolgen mit Blick auf Altersgruppen, Länder und Regionen. All dies wird gerahmt von der Differenz ihrer (vor allem medial vermittelten) Wahrnehmung.

Das Auseinanderfallen von Ursache und Wirkung, die Unterschiedlichkeit der Folgen, die Geschwindigkeit der Ausbreitung oder die Verschiedenheit des kommunikativen Prozessierens weisen also gravierende Differenzen auf.⁴ Und auch das damit

verknüpfte Erodieren gesellschaftlicher Teilsysteme folgt unterschiedlichen Zeitrhythmen und Intensitäten, der Einsatz von Techniken zu ihrer Bezwingung (virologische und epidemiologische Forschung hier, ökologischer Landbau dort) unterschiedlichen Logiken und Imperativen. Das Erkennen und Anerkennen der Unumkehrbarkeit der einen, der ökologischen Krise ist schlussendlich, ebenso wie die Gleichursprünglichkeit beider Krisen, dabei einstweilen unter die Räder geraten.

Gleichwohl liegt den beobachtbaren Differenzen die gleiche Logik moderner Gesellschaften zugrunde. Und die hat im Verlaufe der industriegesellschaftlichen Entwicklung wesentlich dazu beigetragen, dass vor allem Objekte immer stärker mit Wert besetzt wurden, ganz so, als ob eine ihnen innewohnende Ordnung der Dinge existiere, die ein anzustrebendes Lebensideal dinglich abzubilden in der Lage ist. Die Folgen wurden bereits benannt: Wachstumsfixierung, ökologischer Raubbau, Verdichtung sowie Komplexitäts- und Geschwindigkeitszunahme unter dem Diktat von Globalisierung, Ökonomisierung und Profitmaximierung – und damit letztendlich auch die Inkaufnahme einer Zunahme von Risiken.

2. Corona-Krise und ökologische Krise

Seit einigen Monaten bereits lebt die Welt im Banne einer neuen Krise, die dem von ihr eingeschlagenen Entwicklungspfad entspringt und entspricht: dem der Corona-Krise. Dabei ist die Entwicklung, die dazu führte, weder zufällig, noch der Ubiquität möglicher Entwicklungen

Kommunikation über sie andere Muster des Prozessierens hervorgebracht als die ökologische Krise: hier das unter Zeitdruck ablaufende Prozessieren unterschiedlicher Selektionen entlang bestimmter Leitcodes (spektakulär/unspektakulär, aktuell/nicht aktuell usw.), dort die eher gemächlich-begleitende, immer wieder aufs Neue abwägende, mediale Beobachtung des Geschehens.

4 So hat die Tatsache, dass die eine, die Corona-Krise, plötzlich und von vielen unerwartet auftrat, hinsichtlich der

entsprungen. So ist seit den 1940er Jahren die Zahl neuer Erreger (Bakterien, Viren, tierische Einzeller oder Pilze), mit denen sich der Mensch infiziert, explosionsartig angestiegen. Zunehmende Bevölkerungsdichte und Ausbreitung des Menschen, das Zurückdrängen von Wildtieren bei gleichzeitigem Vorrücken in ehemals naturnahe Regionen erhöhen offenbar die Gefahr für die Übertragung von Krankheiten. Als Brennpunkte hierfür gelten derzeit vor allem Lateinamerika, Südafrika, Indien und China (vgl. hierzu u.a. Schäfer 2008).

Entsprechend wurden allein zwischen 1960 und 2004, in also nicht einmal 50 Jahren, 335 neue vektorbedingte Infektionskrankheiten identifiziert und registriert, die vermutlich auf menschliche Eingriffe in die Natur zurückzuführen sind (Bethge 2020).⁵ Der Rückgang der Artenvielfalt, zunehmende Mobilität von Mensch und Tier und deren Zusammenrücken schaffen damit, so Biolog*innen und Virolog*innen gleichermaßen, zusammen mit den sich verändernden klimatischen Rahmenbedingungen genau jene neuen Lebens- und Übertragungsräume, die es Viren erlauben, immer häufiger Artengrenzen zu überwinden und auf Menschen überzugehen – ein Weg, den auch SARS-CoV-2 offenbar beschritten hat.⁶

5 Entsprechende Forschungen zur evolutionären Dynamik von Wirt-Virus-Beziehungen finden derzeit (in Zusammenarbeit der Grundlagendisziplinen, Biologie, Virologie und Zoologie/Ökologie) an verschiedenen Instituten weltweit statt, unter anderem im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms 1819 an der Universität Hohenheim unter dem Arbeitstitel „Wirt-Virus Koevolution: Demographie versus Selektion und multiple Stressoren“. <https://dfg-spp1819.uni-hohenheim.de/117521>

6 Sieht man einmal von der Spekulation ab, das Virus könnte aus einem chinesischen Viren-Labor in Wuhan entwichen sein oder Marderhunden entstammen (so eine Annahme des Virologen Christian Drosten). Warum Seuchen entstehen, auf welchen Wegen sie sich im Verlaufe des zivilisatorischen Prozesses ausgebreitet haben und welche Maßnahmen wider ihre Ausbreitung hilfreich sind oder waren, beschreibt eindrücklich der Wissenschaftsjournalist Kai Kupferschmidt (2020).

Möglich wird eine solche Erhöhung der Infektionswahrscheinlichkeit und damit des Pandemie-Risikos, weil in intakten Ökosystemen stark spezialisierte Tierpopulationen leben, die in ihren Nischen verweilen und dort auftretende Krankheiten vom Menschen in der Regel weitgehend unbemerkt bleiben. Anders in Systemen, in die der Mensch eingreift. Die Einschränkung der Biodiversität (durch Rodung/Brandrodung, Extraktion und Versiegelung oder das Aussterben ganzer Arten) sowie die Anpassung und Weiterentwicklung der dort lebenden Populationen zu sogenannten Generalisten mit vergleichsweise hoher Virenbelastung führten in den letzten 150 Jahren, und noch einmal verstärkt seit einigen Jahrzehnten, zu Veränderungen in den ökologischen Systemen weltweit. Einmal zu Generalisten entwickelt, besetzten stark virenbelastete Arten nun neue, durch menschliche Eingriffe frei gewordene Ökosystemnischen. Hier vermehren sie sich seither unkontrolliert und werden schließlich zu Trägern Artengrenzen überschreitender Krankheiten. Weil sie dabei in die Nähe menschlicher Behausungen geraten und auch immer häufiger in Kontakt mit in Massentierhaltung kasernierten und immungeschwächten Nutztieren kommen (die ihrerseits dem Menschen nahestehen), wächst folglich das Risiko einer Übertragung, denn weder Viren noch Tiere sind ja vertraut mit Strategien der sozialen Distanzierung – und sogenannten Zoonosen, also auf den Menschen übertragbare Krankheiten, sind damit Tür und Tor geöffnet.

Die Ausbreitung des Menschen in bislang unberührte Lebensräume hinein, der Rückgang der ökologischen Vielfalt, Massentierhaltung, all dies spielt also die Rolle eines Verursachers und Beschleunigers von Risiken; ebenso im Übrigen wie die Zunahme weltweiter Mobilität, abnehmende genetische Vielfalt bei Pflanzen und Tieren (Bender 1998) oder zunehmende Bevölkerungsdichte bei gleichzeitig fortschreitender Technisierung der Welt. All dies lässt das Pandemierisiko jetzt und

in der Zukunft ansteigen. Risiken sind mithin auch mit Blick auf diese Entwicklung nicht mehr zuallererst naturbedingt, sondern immer häufiger Folge menschlich-zivilisatorischer Errungenschaften und menschlicher Eingriffe in natürliche Entwicklungen.

Die Ursachen der Corona-Krise sind also vielfältig, ihre Folgen weitreichend. Das Virus verbreitete sich nach einem Muster, vor dem Biolog*innen, Virolog*innen und Epidemiolog*innen bereits lange gewarnt hatten: Es ging vermutlich vom Tier auf den Menschen über und es darf vermutet werden, dass auch hierbei abnehmende Artenvielfalt, das Entstehen von Generalisten und zunehmende Mensch-Tier-Nähe eine entscheidende Rolle gespielt haben. Und weil SARS-CoV-2 nicht nur eine andere Struktur hat als andere Corona-Viren zuvor, sondern auch höhere Letalitätsraten bei den Infizierten zu verzeichnen sind⁷, war und ist seine virologisch-epidemiologische Bekämpfung schwierig und bringt bzw. brachte die Gesundheitssysteme einiger besonders stark betroffener Länder bereits in einer ersten pandemischen Welle wochenlang an ihre kapazitären Grenzen.

Die Reaktionen von Wissenschaft und Politik erfolgten vergleichsweise prompt. Es wurden weitreichende Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) eingeleitet, dessen § 28 entsprechendes Handeln ermöglicht. So etwa das Verordnen einer Quarantäne oder entsprechende Zwangsmaßnahmen zu deren Durchsetzung (§ 30 IfSG). Die „Verordnungen und Erlasse des Bundes und der Länder zur Eindämmung der Corona-Pandemie“ kamen also schnell und wurden von den Bürger*innen mehrheitlich akzeptiert. Es darf vermutet werden, dass hierbei auch deren mediale Auf- und Vorbereitung eine gewisse Rolle

gespielt hat, denn die Bilder aus einigen besonders stark betroffenen Regionen in Italien oder den USA haben eine gemeinsame Realität des Grauens erzeugt und dabei offenbar ganze Arbeit geleistet, indem sie den Zuschauer*innen die eigene Nähe zur möglichen Betroffenheit verdeutlichten.

Ganz anders das, was wir als ökologische Krise samt ihren Folgen wahrnehmen. Deren Konturen begannen sich bereits vor mehr als 200 Jahren abzuzeichnen. Schon John Locke mahnte in seinen Reflexionen über das Verhältnis des Menschen zur Natur, umsichtig mit den Ressourcen des „natural state“ umzugehen. Jean Jacques Rousseau wiederum hatte der Natur sowie der Nähe zu ihr (dem natürlich-unverdorbenen *Wilden* etwa) einen besonderen Stellenwert zugeschrieben und es war der Oberberghauptmann Carl von Carlowitz, der im 18. Jahrhundert aus ökonomischen Erwägungen heraus die Notwendigkeit sah, sorgsam mit den die Hüttenwerke im sächsischen Erzgebirge umgebenden Wäldern umzugehen, weil man sich durch überbordende Rodung genau jener Ressourcen beraube, die man für die Verhüttung der Eisenerze benötige: der dort reichlich vorhandenen Baumbestände. Seine weithin bekannte und den Nachhaltigkeitsgedanken prägende Forderung lautete, in einem gewissen Zeitraum einer bestimmten Waldfläche nur so viel Baumbestand zu entnehmen, wie er im gleichen Zeitraum auch wieder nachwächst.

Eine weitere Phase der Reflexionen über das Verhältnis des Menschen zur Natur und damit auch über den Zusammenhang von Produktion, Konsum und allgemeiner Lebensweise setzte etwa in der Mitte des 19. Jahrhunderts mit der zunehmenden Industrialisierung ein und zog sich bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. In dieser Zeit entstanden die Natur- und Tierschutzvereine, die Kleingartenbewegung, später dann die Wandervogelbewegung. Viele Menschen blickten in dieser Zeit romantisierend auf die Einfachheit und Überschaubarkeit des Lebens in der Natur,

7 Eine Rate, die derzeit allerdings nur geschätzt werden kann, da die Zahl der tatsächlich Infizierten, das sogenannte Dunkelfeld also, weitgehend unbekannt ist.

das ihnen vor allem durch die rasante Industrialisierung abhandengekommen war. Natur fungierte hier als Wunsch- und Fluchtraum (Radkau 2011), und in Deutschland entstanden im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert erste sozialreformistische Bewegungen: die Bodenreform- und Gartenstadtbewegung, die Wandervogel- und Jugendbewegung, der Vegetarismus, der naturgemäße Landschaftsbau (heute: ökologischer Landbau), die Kleider- und Sexualreform (die spätere FKK-Bewegung) oder die Naturheilkundebewegung. Das Signum all dieser Bewegungen war ihr weitgehend unpolitischer Charakter, was sich in den späten 60er und verstärkt noch einmal ab den 1970er Jahren des 20. Jahrhunderts, der abermaligen „ökologischen Wende“ (Radkau 2011: 135), rasant ändern sollte.

Diese dritte und letzte Phase einer nun zunehmend politisch gewordenen Beschäftigung mit der Umwelt begann einige Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Stellvertretend hierfür kann das im Jahre 1962 erstmals erschienene Buch Rachel Carsons *Der Stumme Frühling* (Carson 1987) genannt werden, in dem die verheerenden Wirkungen des Pflanzenschutzmittels DDT für Mensch und Tier sowie die Wechselbeziehungen dieses Insektizids zwischen den Arten aufgezeigt wurden. Viele der in dieser wie auch in der Folgezeit erschienenen Beiträge – hier vor allem zu nennen ist die Studie des Club of Rome über *Die Grenzen des Wachstums* (Meadows et al. 1973) – können als Auslöser einer nun immer politischer werdenden Umweltbewegung gegen eine Politik der ökologischen Verantwortungslosigkeit betrachtet werden, von der aus sich ein Bogen spannt bis hin zu den Aktivitäten der Jugend-Bewegung *Fridays for Future*.

Betrachtet man diese lange Tradition der Umweltbewegung allein über die letzten 150 Jahre hinweg, so fällt es schwer zu sagen, man habe nicht gewusst, dass die mit geradezu teleologischer Akribie betriebene und systematisch

über mehr als 150 Jahre hinweg fortgesetzte Umweltzerstörung Krisen heraufbeschwören würde; Krisen, die durchaus in der Lage sind, Eruptionen nicht nur in den Ökosystemen, sondern auch in den sozialen Ordnungen hervorzubringen. Und so nimmt seither, trotz gewisser Erfolge in der Schadensbekämpfung, neben der technologischen Entwicklung auch die Schadensentwicklung zu, schreitet die Belastung von Boden, Wasser und Luft insgesamt voran, finden sich inzwischen Giftstoffe selbst in biologisch erzeugten Nahrungsmitteln, ist der pflanzliche wie tierische Artenreichtum bedroht wie nie zuvor und sind Massentierhaltung, Luftverschmutzung, klimatische Veränderungen und das fortgesetzte Vergeuden von Rohstoffen Menetekel für das Überschreiten ökologischer Kippunkte, deren Folgen, nicht an nationalen Grenzen Halt machen. Und last but not least nimmt mit dieser Entwicklung auch die Gefahr epidemischer und pandemischer Geschehnisse rasant zu. Die Probleme sind alles in allem ebenso bekannt wie ungelöst und auch ihre Folgen waren in den meisten ihrer Erscheinungsformen absehbar und prognostizierbar. Doch wie lässt es sich erklären, dass der Mensch all dies nicht nur willentlich und bewusst in Gang gebracht hat, sondern auch zu einer Umkehr kaum in der Lage zu sein scheint? Wie kann es sein, dass sein alle ökologischen Grenzen überschreitender und wider alle ökologische Vernunft geführter Siegeszug durch die Geschichte ihn in eine Dilemma-Situation manövriert hat, aus der herauszukommen ihm offenbar größte Probleme bereitet?

3. Exkurs: Bedürfnisstrukturen und Handlungszwänge

Es ist leicht vorstellbar, dass die zu identitätsstiftenden Merkmalen geronnenen Bedürfnisstrukturen des *zivilisierten*, im Banne von wachsendem Konsum und voranschreitender

technologischer Entwicklung sozialisierten Menschen, eine Umkehr oder auch nur Korrektur dieses fatalen Weiter-So erschweren. Wo Einhaltung gebietende Gesetze und Verordnungen nicht existieren und das eigene Verhalten dem Prüfstand der individuellen Abwägung anheimgestellt ist, da scheint kaum Läuterung zu erwarten (Kohr 2002: 88 ff., Welzer 2011). Deutlich wird dies, wenn wir uns etwa dem Problem kognitiver Dissonanz in der Nachhaltigkeitsdiskussion zuwenden, die seit längerem bereits vom Hiatus zwischen Nachhaltigkeitsbewusstsein und Nachhaltigkeitshandeln geprägt ist. Diese Dissonanz zwischen dem Wissen um die Folgen des eigenen, umweltschädlichen Handelns und dem hierzu im Widerspruch stehenden Unvermögen, das eigene Handeln hieran auszurichten – wir werden hierauf zurückkommen –, beschäftigt Umweltwissenschaftler*innen verschiedenster Fakultät seit längerem.

Vermutlich lassen sich solche Dissonanzen nur dann begreifen, wenn man sie in den historischen Kontext eines sich verändernden Sozialisationsgeschehens einordnet und erkennt, was zuvor mit den Menschen geschah, bei denen wir solche Dissonanzen beobachten können. Was also über einen längeren Zeitraum hinweg *mit* ihnen geschah und vor allem: *zu wem* sie dabei *wie* und *warum* geworden sind (vgl. auch Welzer 2011). Auf die Notwendigkeit einer Umkehr hingewiesen haben zwar immer wieder die Vertreter*innen der sogenannten *Öko-Bewegung* in nahezu allen hier skizzierten Phasen der ökologischen Reflexion. Häufig allerdings wurden diese Mahnungen von der Vorstellung einer Art wahren Bestimmung des Menschen überformt, von seinem wirklichen Sein, seinem Wesenskern als naturnahem Wesen, auf den er zurückzuführen sei. Egal, ob die Überwindung der Eindimensionalität des Menschen, sein Zurück zur Natur oder sein Einmünden in einen gesellschaftlichen End- und Idealzustand herbeigesehnt wurde (Bloch 1985, Marcuse 1967): Stets stand seine Verantwortung gegenüber der

Natur und damit gegenüber sich selbst als einem *Sein-Sollenden* Pate bei den meisten dieser Entwürfe. All dies ging mit der Reklamation einher, dass die Überwindung des gegenwärtigen Seinszustandes wahlweise individuell oder, qua kollektiver Aufhebung der entfremdeten Seinsbedingungen, gemeinschaftlich zu bewerkstelligen sei. Die Vertreter dieser Option plädierten zuvörderst für eine Aufhebung der Entfremdung des Menschen von den von ihm selbst hervorgebrachten Produkten – und damit von den Bedingungen ihrer Hervorbringung als Voraussetzung einer natürlichen Lebensweise. Denn der Mensch sei, so etwa der Argumentationsgang, stets menschliches Natur- und Gattungswesen zugleich, ein Wesen also, das sich nicht nur zur Natur, sondern immer auch zu sich selbst verhalte. Und ein Ende des Raubbaus an der Natur sei, ebenso wie die Rückführung zu sich selbst, nur durch eine Veränderung der Produktionsbedingungen zu erreichen.

Es stellt sich an dieser Stelle einerseits die Frage, ob die Verwirklichung eines einem solchen Menschenbild geschuldeten Lebensstils unter den Bedingungen der Spätmoderne überhaupt möglich ist. Andererseits aber auch die danach, ob eine solche Wesensbestimmung des Menschen überhaupt einer Überprüfung standhält und worin sie sich begründet. Beobachtbar ist derzeit nämlich ein Flickenteppich an Lebensstilmustern, von denen die Verpflichtung auf die Bewahrung der Einheit von Mensch und Natur nur in einigen wenigen sozialen Milieus anzutreffen ist, und dies zudem mit unterschiedlicher milieuspezifischer Rahmung.

Gleichwohl muss allerdings auch konstatiert werden, dass der Imperativ eines pfleglichen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen von immer mehr Menschen akzeptiert wird. Sei es, dass sie von direkt beobachtbaren Folgen der ökologischen Krise affiziert wurden, sei es, dass mediale Berichterstattung über das leidige Thema Ökologie sie verunsichert hat oder sie von gene-

rativer Verantwortung für ihre eigenen Kinder, Enkel oder Urenkel ereilt wurden. Manchem mag es auch dämmern, dass zunehmende Verzichtszwänge das Leben ganz ohne ihr Zutun künftig immer stärker bestimmen werden und selbst in Parteiprogrammen, Bürgerbewegungen oder wissenschaftlichen Publikationen wird inzwischen immer häufiger an eine entsprechende Bereitschaft appelliert. Nicht selten wird dabei auch hier ein Menschenbild adressiert, das in vielerlei Hinsicht dem des naturzugewandten und mit der Natur eng verwobenen Menschen entspricht – und damit in gewissem Sinne ein *Zurück zur Natur* als Lösung vieler Probleme suggeriert.

Wie anders der postmoderne Städter. In Nachrichtensendungen über Reaktionen jüngerer Bewohner New Yorks auf die während der Corona-Krise verhängten Ausgangsbeschränkungen zeigten sich einige jüngere Bewohner*innen der Stadt nahezu entsetzt über die Abwesenheit von Licht und Lärm, Kommunikation und Konsum, Verkehr und Hektik auf den New Yorker Straßen, in dieser Stadt, *die niemals schläft*. Zugegeben, all diese Momentaufnahmen mögen nicht repräsentativ sein, werfen aber Fragen auf nach dem Warum: Warum reagieren Menschen derart betroffen auf die Abwesenheit oder zumindest den partiellen Stillstand einer zivilisatorischen Kunstwelt, die ökologisch orientierte Zivilisationskritiker*innen von jeher als Fehlentwicklung begriffen haben? Stellt das Leben in einer solchen Kunstwelt für die Interviewten möglicherweise gar keine zu korrigierende Fehlentwicklung dar? Und wenn dem so ist: Wie wurden sie sozialisiert? Oder allgemeiner: Wovon wurde der urbane Mensch in den letzten 50 bis 150 Jahren in mentaler, kognitiver, und identitätsstiftender Hinsicht geprägt? Und haben sich seine Bedürfnisstrukturen in dieser langen Zeitspanne möglicherweise grundlegend verändert?

Das Individuum sei „einmalig im wesentlich Gesellschaftlichen seiner Persönlichkeit und

gesellschaftlich im wesentlich Einmaligen seiner Persönlichkeit“ (Sève 1977: 128), bemerkte erstmals bereits im Jahre 1972 der französische Philosoph Lucien Sève. Tatsächlich ist zu beobachten, dass sich die gesellschaftlichen Strukturen und damit auch die Bedingungen der Hervorbringung von Bedürfnissen in der Zeit stark verändert haben. Aus der in vormodernen Zeiten immer gleichen Reproduktion der alten agrargesellschaftlichen Strukturen in neue alte agrargesellschaftliche Strukturen, ist in der modernen Industriegesellschaft steter Wandel geworden – ein Wandel, der sich zudem immer mehr beschleunigt. Und offenbar haben sich die Bedürfnisstrukturen des Menschen dabei ständig mit- und weiterentwickelt, denn sie sind heute völlig andere als die eines Mitglieds der bäuerlichen Gesellschaft in der Mitte des 17., des 18. oder 19. Jahrhunderts.

Bei aller Liebe zu einer naturnahen Lebensweise: Wenn wir danach fragen, wie menschliche Bedürfnisstrukturen zustande kommen, sich ausdifferenzieren und reproduzieren, so werden wir konstatieren müssen, dass hierzu die Dinge und Strukturen der äußeren Welt ebenso beitragen wie veränderte und sich verändernde Alltagsroutinen. All dies prägt unsere psychosozialen und mentalen Haushalte, ergreift Besitz von deren Infrastrukturen und verleiht uns Identitäten, die vom Grundbedürfnis nach Naturnähe als Wesensbestimmung des Menschen (sollte ein solches je existiert haben) vermutlich immer weiter abgewichen sind. Sève hatte dies bereits früh beobachtet und angemerkt: „Zweifellos gibt es so etwas wie biologische Individualitätsstrukturen, doch das ist nicht die Grundlage der entwickelten Persönlichkeit, sondern im Gegenteil mehr und mehr deren Produkt.“ (Sève 1977: 125). Und anstelle einer Wiederkehr der anthropologisch immer gleichen Struktur menschlicher Grundbedürfnisse, führte er die Annahme eines steten Wandels, einer steten Weiterentwicklung menschlicher Bedürfnisse in seine Überlegungen ein. Dabei kommt

den biologisch-genetischen Präformationen als gleichsam vorgesellschaftlich-anthropologischen Konstanten allerdings nicht mehr die alleinige Bedeutung zu.

Folgt man seinen Ausführungen, so findet per Saldo eine schrittweise Aneignung des menschlichen Sozialerbes durch Partizipation an eben diesem Sozialerbe statt. Und dieser Prozess sei, so Sève, schlussendlich die zentrale Voraussetzung der menschlichen Persönlichkeitsentwicklung. Bedürfnisse, die auf diese Weise in die Persönlichkeitsstrukturen eingehen, folgen also nicht dem Schema (Grund)Bedürfnis-Aktivität-(Grund)Bedürfnis (B-A-B), sondern dem Schema Aktivität-Bedürfnis-(erweiterte)Aktivität (A-B-A') (Sève 1977). Bedürfnisstrukturen wären damit, und dies ab einem bestimmten Punkt der historischen Entwicklung immer forcierter, nicht als statische, sondern als flexible Produkte eines dialektischen Prozesses zu begreifen, bei dem sich unter der Bedingung einer Aneignung der äußeren Welt auch die inneren Bedürfnisse rasant verändern, ständig umformen und damit immer neue Begehrlichkeiten hervorbringen, die in der Folge ihrerseits zu zentralen Bedürfnissen des Menschen werden.⁸

8 Unter der Bedingung einer solchen Annahme haben wir es hinsichtlich der menschlichen Bedürfnisentwicklung also mit einer Art Doppelhelix zu tun, deren einer Strang durch das phylogenetische Sozialerbe, deren anderer Strang durch bewusste und gezielte Veränderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit erzeugt werden, durch autokatalytische Expansion (Diamond 2005). Beide Stränge sind, um im epigenetischen Bilde zu bleiben, durch Sprossen miteinander verbunden, die ihrerseits für die Codierung bestimmter Streckenabschnitte dieser Doppelhelix verantwortlich sind. Diese Sprossen sind etwa biographische Erfahrungen oder bestimmte Lebensstilmuster und Milieuzugehörigkeiten, in die diese Erfahrungen eingelagert sind und die im steten Austausch mit den äußeren Strängen stehen. Die gesamte Doppelhelix repräsentiert damit also die DNA einer Bedürfniswelt, in die sowohl Inneres als auch Äußeres, historisch Erworbenes und biographisch Erlebtes, Eingang findet und sich wechselseitig durchdringt, um auf jeweils erweiterter Stufenleiter immer wieder neue Bedürfnisstrukturen hervorzubringen, die sich uns ihrerseits als Amalgam aus innerer und äußerer Welt, aus individueller und gesellschaftlicher Struktur, präsentieren.

Folgt man diesem Gedanken (und wenig spricht dagegen), so wäre es streng genommen also gar nicht möglich, von einem *So-Sein* des Menschen auszugehen. Auch wäre es Angehörigen einer bestimmten Generationenkohorte gar nicht möglich, hinter ihre historisch gewordene Bedürfnishaftigkeit zurückzufallen – was für alle historischen Phasen auf der jeweiligen Stufenleiter der Entwicklung gälte. Bedürfnisse wären mithin unumkehrbare Produkte ständiger Fortentwicklung des Menschen, im steten Austausch zwischen Ich und Welt. Und jenseits einer solchen Dialektik gäbe es weder ein Voraus (im Sinne einer Orientierung auf ein weit entfernt liegendes, utopisches Ideal), noch ein Zurück (im Sinne einer Orientierung an längst vergangenen Lebensweisen). Ein Überspringen von Entwicklungsstufen wäre also in keiner Richtung möglich.

Unter der Annahme, dass es immer auch die gesellschaftlichen Aktivitäten sind, die die menschlichen Bedürfnisstrukturen mitprägen und gestalten, erweist sich der gesamte phylogenetische Prozess zwar nicht als alleiniges Resultat des wissenschaftlich-technischen Prozesses; zu verstehen ist er aber nur, wenn man die Entwicklung der Außenwelt als phylogenetischen Partner ständig mitdenkt. Und wenn menschliche Aktivitäten unsere Bedürfnisstrukturen in dem Maße mitbestimmen, in dem wissenschaftlich-technologische Entwicklungen in unsere Lebenswelten einsickern und immer mehr Menschen ihren Gebrauch teilen, dann erlangen im Umkehrschluss Wissenschaft und Technik einen immer exklusiveren Zugriff auf die sich laufend verändernden Bedürfnisstrukturen des Menschen.

Bei alledem hat also die wissenschaftlich-technologische Entwicklung einen entscheidenden Anteil an der Herausbildung menschlicher Grundbedürfnisse. Von einer solchen Überlegung ausgehend erscheint es schwierig, Verhaltensweisen wider solche Grundbedürfnisse einzufordern – woran auch die Aufhebung entfremdeter Arbeits- und

Lebensverhältnisse als Voraussetzung für eine stärker ökologische Lebensweise wenig ändern dürfte. Möglicherweise ist es also dieser Wandel der Bedürfnisstrukturen, der eine herausragende Rolle spielt für die Reaktionen der Bürger*innen auf Veränderungsimperative: auf die Forderung nach einer suffizienten Lebensweise etwa oder ganz allgemein auf Verzicht und Bescheidenheit im Umgang mit den natürlichen Ressourcen (Kohr 2002). So betrachtet wäre auch das Anthropozän nicht nur Chiffre für eine äußere Welt, die immer mehr vom menschlichen Tun geprägt, gestaltet und in seinem Sinne verändert wird, sondern auch für den Wandel einer Innenwelt der Ideen, Vorstellungen und Wünsche; einer Welt also, der, im platonischen Sinne, die äußere Welt in ihren Ausformungen Modell steht und entspricht. Viele Vertreter*innen der Öko-Bewegung folgen allerdings einer Zielfigur, die die Einheit von Mensch und Natur als eine Entität gleichsam voraussetzt, bei der die Natur also nicht Mittel sein sollte für menschliche Zwecke (wie im Anthropozän) oder Teil einer dialektischen Fortentwicklung, sondern eine der zwei Seiten im Horizont unauflöslicher Zusammengehörigkeit von Mensch und Natur.⁹

4. Wachstum, Fortschritt, Konsum und gesellschaftliche Vernunft

Es stellt sich bei alldem die Frage, ob dieser uns allen bekannte Entwicklungspfad zu einem Zeitpunkt hätte verlassen werden können und sollen, als der Stand der Dinge noch folgenloser für die zunehmende Krisenhaftigkeit der gesellschaft-

lichen Gesamtentwicklung war. Leider haben sich – vermutlich aus den skizzierten Gründen – nahezu alle modernen Gesellschaften im Rahmen der von ihnen hervorgebrachten Systemlogiken für einen Weg entschieden, der Produktion und Konsum unter die Kuratel von Wachstum gestellt hat, was hierzulande sogar regierungsamtlich im Wachstumsförderungsgesetz („Arbeitsrechtliches Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung“, September 1996) verankert wurde – mit einem Gesetz also, das im Jahre 2009 vom sogenannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ ergänzt wurde. Zur Förderung trat also die Beschleunigung hinzu. Eine zentrale Rolle spielt dabei bis heute die immer risikoreicher gewordene technische Entwicklung, die damit zum Signum einer scheinbar objektiven Vernunft herangereift ist, die sich bei näherer Betrachtung in vielerlei Hinsicht allerdings als technische Unvernunft erwiesen hat (Jonas 1993: 29).

Dass ein solcher Entwicklungspfad von namhaften Kritiker*innen stets als wenig reflektiert, bisweilen irrational und oft höchst bedenklich bezeichnet wurde, ist evident, hat aber nicht zu einem Umdenken, geschweige denn zu einem anderen Handeln und Entscheiden geführt. Einmal als Rationalität in die Welt gebracht, fügte der hier beschrittene Pfad schlussendlich, neben unbestreitbarem Nutzen, den Menschen immer auch Schaden zu – und zwar durch Inkaufnahme einer Zunahme immer bedrohlicher werdender Risiken. Und so zählt zu den makabren Erfahrungen der deutschen Umweltbewegung, dass ihre begründeten Einwände gegen die gesamte Entwicklung weitgehend unbeachtet blieben.

Immerhin begegnet uns auf der Suche nach einer Anthropologie der Vernunft bei ihren Vordenker*innen weitgehend Einigkeit hinsichtlich der Diagnose. So etwa mit Blick auf die Beobachtung, dass der Mensch im Verlaufe dieses Prozesses das Irrationale immer stärker zum Rationalen erhob, indem er es, den Gesetzen von Ökonomie

⁹ Etwas anders figuriert Jonas diesen Zusammenhang. Ihm zufolge erlangt die Natur (und damit auch die Notwendigkeit ihres Erhalts) ihren Wert vor allem dadurch, dass der Mensch, durch Ausweitung seiner Möglichkeiten Natur zu verändern, zu ihrem Treuhänder geworden ist. Genau darum also, weil sich Natur nicht (mehr) vor ihm zu schützen weiß (Jonas 1993). Hier klaffen allerdings die treuhänderische Funktion des Menschen und seine modernen Bedürfnisstrukturen ebenfalls auseinander.

und Technik folgend, als zunehmend alternativlos begriff. Gleiches gilt auch hinsichtlich der Diagnose, dass vom Siegeszug einer solchen Eindimensionalität auch die Wissenschaft nicht verschont blieb, in die vor allem in den ersten Nachkriegsjahrzehnten Positivismus und Empirismus Einzug hielten, was auch hier eine kritische Reflexion der Entwicklung verhinderte und den Menschen weiterhin manipulierbar und instrumentalisierbar hielt (Marcuse 1967).

Damit verhält es sich hier wie beim unternehmerisch agierenden Arbeitssubjekt, dem sogenannten Arbeitskraftunternehmer bzw. Entrepreneur: Auch dieser glaubt, mit seinem Handeln vor allem seinen eigenen Interessen zu folgen, bedient in Wahrheit aber nur die Interessen jener, die Nutzen aus der Befriedigung seiner scheinbar objektiven Eigeninteressen ziehen (Fleischer 2013). Auch hier wird qua „Introjektion“ (Marcuse 1967) das Innere vom Äußeren okkupiert und durch Annexion und Kolonisierung des Selbst von einem interessen geleiteten Außen geleitet. In bildungstheoretischer Perspektive verstellt genau dieser Mechanismus den Blick auf eines der zentralen epochaltypischen Schlüsselprobleme: auf die Bedeutung der *ökologischen Intaktheit* (Klafki 1992), die es einer künftigen Generation zu vermitteln gälte. Möglicherweise verbirgt sich irgendwo im Dickicht dieser Zusammenhänge auch die tiefere Ursache für den Widerspruch zwischen Umweltbewusstsein und Umwelthandeln.¹⁰

Richtig an all diesen Beobachtungen ist, dass ein größerer und vermutlich wachsender Teil zeitgenössischer Krisen nicht allein in der dauerhaften Ausbeutung der Natur gründet. Auch die darauf aufbauenden Organisationsformen des mensch-

lichen Zusammenlebens und damit die des dem Explorationszusammenhang zugrunde liegenden Verhältnisses des Menschen zu sich selbst korrespondieren einer solchen Entwicklung – eine Beobachtung, auf die noch zurückzukommen sein wird. Richtig ist auch, dass der damit einhergehende, ständig voranschreitende Lebensstandard, die exponentiell zunehmende Leistungsfähigkeit von Mensch und Technik, die zahlenmäßige Ausbreitung des Menschen selbst sowie die Unterwerfung von allem und jedem, der sich diesem Prozess in den Weg stellt entlang der Devise „whatever it takes“, rundum gewinnbringend und im Sinne der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise vernünftig zu sein scheint. Richtig ist allerdings auch, dass sich eine solche Entwicklung bereits früh als höchst bedenklich zu erweisen begann.¹¹ Denn schlussendlich haben kapitalistische Produktion und Konsumtion einen von hedonistischem Streben nach immer mehr beseelten Menschentypus hervorgebracht, der genau jenes Leben als befriedigend erlebt, das ihm als ein solches verordnet wurde: ein Leben in einer Welt linear und unaufhaltsam wachsenden materiellen Wohlstands (Jonas 1993).

Nun aber, in Corona-Zeiten, ist die Irritation umfassend, das Erschrecken groß – und die Akzeptanz der getroffenen Maßnahmen erstaunlich – wengleich dies vermutlich nur unter der Kuratel der Hoffnung geschieht, sie mögen bestenfalls für einen begrenzten Zeitraum gelten. Auch mag die räumliche, zeitliche und soziale Nähe des Ereignisses zur eigenen Lebenswelt forschendes Mittun begründen. Wie aber sind vor dem Hintergrund einer solchen Gemengelage politisch verantwortliche Entscheidungen zu treffen und

10 Herausgearbeitet wurde bereits vor mehr als 20 Jahren, dass Umweltwissen sich nur begrenzt in Umwelthandeln übersetzen lässt, Letzteres also eine gewisse Trägheit aufweist und von Ersterem nur bedingt affiziert wird. Inzwischen bestätigen auch jüngere Studien diesen Zusammenhang (vgl. etwa de Haan/Kuckartz 1996, Diekmann/Preisendörfer 2001, Wendt/Görgen 2017).

11 Wie etwa der „Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur“ zeigt. Denn dieser ist, wie bereit Marx prognostizierte, immer auch „zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit.“ (Marx/Engels 1962: 529 f.).

durchzusetzen? Wie vor allem solche, die auch die Ursache der Misere planend einbeziehen und auf zeitlich große Reichweite angelegt sind? Auf welches Maß an Akzeptanz und Einsicht darf dabei mit Blick auf die mentale Verfasstheit und Bedürfnislage einer Bevölkerung gehofft werden, die im Grunde zu Konsum und Wachstumsdenken geradezu erzogen wurde?

An der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder, vor allem an der auf Action und Konsum programmierten Erlebnisgesellschaft (Schulze 1992) sowie an dem auf Bedürfnisproduktion und Profitmaximierung ausgerichteten Wirtschaftssystem sind bislang alle Warnungen vor einer ökologischen Krise und ihren Folgen abgeprallt und weitgehend folgenlos verhallt. Die weltweite Mobilität hat seit einigen Jahrzehnten noch einmal ebenso zugenommen wie der weltweite Konsum, die weltweit produzierten Müllmengen, die weltweite Flächenversiegelung, der Anstieg der Treibhausgase oder der weltweite (materielle) Wohlstand – bei weltweit allerdings immer rasanterem sozialen Auseinanderklaffen zwischen Verursacher*innen und Betroffenen, Arm und Reich, Herrscher*innen und Beherrschten.

Rufe, die dies kritisch reflektieren, werden vor dem Hintergrund der konsumistischen Verlockungen der Moderne mehrheitlich als Aufforderung zu Regression und Rückschritt in eine Welt empfunden, die unzivilisiert und damit unzumutbar ist – als ein *Zurück in die Steinzeit*. Dieses Paradoxon zeigt: Die sogenannte zivilisierte Welt hat unter der Ägide der von ihr selbst gewählten Politiker*innen nicht nur eine zur Perfektion getriebene Verschwendungsmaschinerie in Gang gesetzt, sondern auch psychosoziale Mentalitäten und Bedürfnisstrukturen herausgebildet, unter deren Ägide Ursache und Wirkung kaum mehr auseinanderzuhalten sind. Das ist historisch vergleichsweise neu, erzielt allerdings die gewünschte Wirkung. Und so werden die damit einhergehenden Verlockungen auch wei-

terhin als erfolgreiches Schattenspiel für jene zur Aufführung gebracht, die diesen Verlockungen nacheifern, während hinter den Kulissen die Regisseure dieses Spiel in den Refugien ihres Reichtums zu ihrem eigenen Vorteil zur Aufführung bringen. Das gesamte Bühnenbild (die Signatur der Konsumgesellschaft, die politischen Strategien, die sie rahmen, und die klammheimliche Codierung der mentalen Infrastrukturen der Betrachter*innen) bleibt bei dieser Aufführung ebenso unsichtbar wie unerkannt. Und so wird das, was die Schatten da aufführen, nicht nur als alternativlos, sondern auch als erstrebenswert begriffen, womit man sich weiterem Nachdenken über Mögliches verweigert und sich in der besten aller Welten wähnt.

Man mag nun einwenden, all dies fuße auf Werturteilen, die zu hinterfragen wir alle im Grunde stets aufgefordert sind. Die Antwort auf die weitergehende Frage danach, warum dies nicht geschieht, könnte lauten, dass wir dazu erst dann neigen, wenn gewohnte Lebensmodelle in eine fundamentale Krise geraten. Zu hinterfragen setzt nämlich das Erkennen-Können von Krisen und Widersprüchen voraus, dem kein Werturteil den Blick auf die historische Objektivität alternativer Möglichkeitsräume verstellt und bei dem das Mögliche nicht gleichgesetzt wird mit dem Apriori des Bestehenden. An genau dieser Stelle kommt utopisches Denken ins Spiel: als Kritik des Bestehenden und als Fähigkeit zur Imagination anderer Welten.

All dies wären zentrale Bedingungen für Veränderungen. Allerdings waren Konturen solcher Veränderungen im Sinne einer Umkehr oder grundlegenden Korrektur vor allem in den letzten 60-70 Jahren nirgendwo ernsthaft erkennbar. Vielmehr erwies sich der Mensch als stabiles Produkt einer Entwicklung, die nicht nur den Wandel seiner Seinsbedingungen, sondern auch den Wandel seines Selbst durch ihn selbst hervorgebracht und akzeptiert hat.

Genau darum erscheint es vielen heute, anders vermutlich als früheren Generationen, auch als Ausnahmezustand, im Verlaufe einer Krise wie der gegenwärtigen die meiste Zeit des Tages in ihrer Mobilität eingeschränkt und damit in einen Zustand versetzt worden zu sein, der ablenkt von der Dauerablenkung und Ereignishaftigkeit der Welt und der hinlenkt zu sich selbst. Vergessen ist weitgehend, dass Rückzug und Einsamkeit auch Quell von Selbstreflexion, Kreativität und Geduld, von Gelassenheit und Zulassen-Können (Sophrosyne), sein kann. Ersehnt hingegen wird die Wiederkehr der Ablenkung.

5. Sozialmoralische Verantwortung, Wissen und die Pflicht zur Sittlichkeit

Was von all den derzeit politisch verordneten, systemischen Regulationen ist der Lage angemessen und darf von daher verantwortlich genannt werden? Und was ist unverantwortlich im Sinne einer Verantwortungsethik, die etwa den Berufspolitiker vom Gelegenheitspolitiker im Sinne Max Webers unterscheidet (Weber 1992)? Betrachtet man beide Krisen genauer, dann fällt auf, dass Begriffe wie Bedürfnis, Verantwortung, Wissen, Moral, Pflicht oder Sittlichkeit beim Blick auf die ökologische Krise eine im Kern bedeutendere Rolle spielen als hinsichtlich der Corona-Krise. Obwohl beide Krisen der gleichen Lebensweise geschuldet sind, geht es bei Letzterer perspektivisch um das Überleben jedes Einzelnen im Hier und Jetzt, bei der ökologischen Krise hingegen um das Überleben der Art in einer mehr oder weniger fernen Zukunft. Und es geht bei alledem immer auch um Entscheiden unter unterschiedlichen Voraussetzungen: hier mit Blick auf die Abwehr einer vermeintlich temporär-beherrschbaren Gefahr; dort mit Blick die Abwehr eines langfristig-unumkehrbaren, unbeherrschbaren und endgültigen Untergangsszenarios mit hoher

Eintrittswahrscheinlichkeit. Dabei scheint etwas Fundamentales aus dem Blick geraten zu sein: „nämlich daß in Dingen einer gewissen Größenordnung – solchen mit apokalyptischem Potential – der Unheilsprognose größeres Gewicht als der Heilsprognose zu geben ist“ (Jonas 1993: 76). Freiheitsspalte, die ein, wenngleich nur temporäres Weiter-So im Sinne gewohnter Bedürfnisbefriedigung legitimieren, existieren bei näherem Hinsehen dem Grunde nach in beiden Feldern nicht. Wohl aber werden sie in einem der beiden weiter gewährt und genährt.

Bei alledem haben sich das politische Entscheiden sowie die gegenwärtig zu beobachtende hohe diskursive Produktivität (vor allem hinsichtlich der ökonomischen Folgen) einstweilen auf das Feld der Corona-Krise verlagert. Und so erreicht in ökologischer Perspektive der Blick auf den Zusammenhang zwischen Naturverhältnis und Wirtschafts-, Gesundheits- und Gesellschaftssystem, ähnlich wie bereits angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008/2009, insgesamt „kaum die Alltagsebene der Menschen im globalen Norden“. Deren „imperiale Lebensweise“ bleibt also weiterhin das Signum für „herrschaftliche Produktions-, Distributions- und Konsummuster, die tief in die Alltagspraktiken der Ober- und Mittelklassen im globalen Norden und zunehmend auch in den Schwellenländern des globalen Südens eingelassen sind.“ (Brand/Wissen 2011: 78 f.).

Stellt man nun die Frage danach, was genau hier eigentlich krisenhaft bedroht wird, so könnte die Antwort lauten: In beiden Fällen ist es das Leben selbst. Unterschiedlich sind allerdings die Reichweite und zeitliche Dimension der Bedrohung sowie die angewendeten Mittel, um sie abzuwenden. Mit Blick auf die Corona-Krise reichen die Regulationsmodelle derzeit von politisch verordneten Abstandsgeboten über Kontaktverbote, die Schließung von Freizeit-, Sport- und Bildungseinrichtungen oder eine Maskenpflicht,

bis hin zu finanzökonomischen Maßnahmen. Hinsichtlich der ökologischen Krise sehen wir uns vor allem mit ökonomisch fundierten Kauf- und Investitionsanreizen konfrontiert: mit Anreizen für den Kauf neuer, umweltfreundlicherer PKW etwa, der Sanierung von Gebäuden, Anreizen für den Erwerb von Emissions-Zertifikaten (branchenspezifisch für größere Unternehmen) oder mit in Flächennutzungsplänen festgeschriebenen Siedlungsverboten (gültig für Gemeinden).¹²

Was sofort zu sehen ist: Das staatliche Regulationsregime als Antwort auf die Corona-Krise ist hierarchisch, weitreichend, tiefenwirksam und steht bei Nichtbefolgung unter Sanktionsvorbehalt; Regulationen mit Blick auf die ökologische Krise erfolgen eher horizontal, integrativ und sind auf Kooperation und Partizipation angelegt (Block et al. 2019). Und so stellt sich die Frage: Ist die Corona-Krise ungleich gefährlicher als die ökologische Krise, das Risiko also größer? Oder handelt es sich hier um einen Urteilsfehler, der dem eingangs skizzierten Szenario entspringt? Oder folgen politische Reaktionen hier der Beobachtung, dass vom Menschen verursachte Risiken häufig als Reaktionen auf natürliche und damit unkalkulierbare Gefahren behandelt werden?¹³

12 Der Ausweis entsprechender Ausgleichsflächen schafft hier allerdings leicht Abhilfe.

13 Hier hilft auch die in der Systemtheorie gebräuchliche Unterscheidung zwischen Risiko und Gefahr dann kaum weiter, wenn nicht akribisch nach dem Ursprung einer Krise gefahndet wird. Denn während für ein Risiko in der Regel Verursacher*innen identifiziert und adressiert werden können (was für die ökologische Krise durchaus zuträfe), erweist sich dies für eine scheinbar extern verursachte, gleichsam natürliche und damit unkalkulierbare Gefahr (wie etwa die Corona-Pandemie) als schwierig. Und auch wenn Fragen danach gestellt werden, ob Eintritt und Ausmaß der Pandemie nicht hätten vorhersehbar sein können und müssen, so bleiben diese Fragen doch auf scheinbar Nahliegendes begrenzt: auf Vergleiche mit der Spanischen Grippe von 1918-1921 (Salfellner 2020), das Ausbruchsgeschehen rund um Covid-19 in Wuhan oder die Warnungen der WHO (Mukerji/Mannino 2020). Nur cursorisch erkundet wird zumeist die Ursache hinter der Ursache, also etwa Faktoren wie Globalisierung, Urbanisierung, Ökonomisierung oder Wachstum.

Solche Fehlleistungen des politischen Systems jedenfalls berauben sich nicht nur der Möglichkeit ihrer Zurechenbarkeit, sondern auch der der Korrigierbarkeit. Denn Zurechenbarkeit bedeutet ja nicht allein Zurechenbarkeit auf Personen, sondern auch auf Sachverhalte und Prozesse, die von Personen entschieden und in Gang gesetzt wurden – die also im Horizont des menschlichen Expansionsdrangs geschahen: als *Begebenheiten*, *die ganz von selbst anfangen* (Kant), als *autokalytische Expansion* (Diamond) oder als der Vermehrung von Optionsmöglichkeiten geschuldeten *Entfaltung der Eigendynamik des Gesellschaftssystems* (Luhmann).¹⁴

Der Umgang mit der ökologischen Krise jedenfalls stellt, stärker noch als der mit der Corona-Krise, auf eine Form der Verantwortung ab, der offenbar nur unzureichend Rechnung getragen wurde und noch immer wird. Die unter dem Diktum der Verantwortung stehende Bewältigung von Krisen allerdings hängt ihrerseits ja auch stets von bestimmten Voraussetzungen ab – auf der Seite der Politik ebenso, wie auf der der Bürger. Auf der Seite der Politik wäre folglich zunächst danach zu fragen, in welchem Verhältnis Sache und Handeln zueinander stehen. Danach also, ob Handeln unmittelbar der Gefahrenabwehr dient, ob eine unkalkulierbare Gefahr eingetreten ist oder ob es

14 Fahndet man auf der Suche nach einer Beantwortung dieser Frage nach ihren ontologisch-anthropologischen Grundlagen, dann erweist sich auch Kants Überlegung als hilfreich, dass eines der Dilemmata des Menschen in seiner Fähigkeit besteht, „daß, obgleich etwas nicht geschehen ist, es doch habe geschehen sollen, und seine Ursache in der Erscheinung also nicht so bestimmend war, daß nicht in unserer Willkür eine Causalität liege, unabhängig von jenen Natursachen und selbst wieder ihre Gewalt und Einfluß etwas hervorzubringen, was in der Zeitordnung nach empirischen Gesetzen bestimmt ist, mithin eine Reihe von Begebenheiten ganz von selbst anfangen.“ (Kant 1968: 364). Es ist dieses „ganz von selbst anfangen“, diese Eigendynamik des Gesellschaftssystems, was am Ende Kriege, ökologische Verwüstungen und Pandemien hervorgebracht hat, die sich uns als Folgen einer historischen Entwicklung präsentieren, bei der der Mensch einen Pfad eingeschlagen hat, den er als verantwortungsvoll Handelnder vermutlich besser nicht hätte betreten sollen.

als Antwort auf vorangegangenes Handeln zu verstehen ist, das seinerseits für das Entstehen einer Krise verantwortlich und nun zu korrigieren ist. Verantwortungsvolles Handeln hat also nicht nur moralische, rechtliche oder sittliche Bedeutung, es sollte auch zurechenbar sein und, im Falle von Schuld, Sanktionen zur Folge haben können – eine Möglichkeit, die durch zeitlichen Abstand zwischen Entscheiden und den Folgen dieses Entscheidens häufig verstellt ist.¹⁵

Eine weitere Perspektive auf politisch verantwortliches Handeln besteht hierbei darin, dass Verantwortungsübernahme durch die politische Führung stets dem Imperativ zu folgen hat, dass eine Sache mit Blick auf ihre Ursächlichkeit „zum Gebietenden“ (Jonas 1993: 175) wird. Dabei ergeben sich in der Regel gewisse Handlungsspielräume. Für die Ausübung politischer Macht bedeutet dies, dass sie sich als verantwortlich in dem Maße zu erweisen hat, in dem sie nach bestem Wissen und Gewissen *für* und nicht *über* oder *gegen* die Wohlfahrt derer ausgeübt wird, die von den politischen Entscheidungen betroffen sind. Zwar ist die „mit der Macht verbundene, durch sie ermöglichte Verantwortung (...) vom echten homo politicus an erster Stelle gewollt“; gleichwohl aber wird der verantwortungsvoll Handelnde „wirkliche Staatsmann (...) seinen Ruhm (...) eben darin sehen, daß von ihm gesagt werden kann, er habe zum Besten derer gewirkt, über die er Macht hatte: *für* die er sie also hatte. Daß das ‚über‘ zum ‚für‘ wird, macht das Wesen der (politischen) Verantwortung aus“ (Jonas 1993: 181 f.).

15 Ein weit zurückliegendes, möglicherweise über Generationen hinweg währendes (falsches) Handeln und Entscheiden als Ursache für eine aktuelle Krise oder ein komplexes Krisenbedingungsgefüge auszuweisen, ist häufig kaum mehr möglich. Nicht selten hat die Zeit den Blick auf die Ursache verstellt, invisibilisiert also nicht nur die Ursache selbst, sondern mit dieser auch die für die Krise Verantwortlichen.

Auch an dieser Schnittstelle ist sozialmoralisches Handeln anzusiedeln.¹⁶

Damit eröffnet sich eine komplexe Gemengelage im Ringen um den *Erhalt* eines guten Lebens aller (was immer darunter verstanden wird) unter der Bedingung einer Inkaufnahme von Risiken einerseits und der Forderung nach weitgehendem *Verzicht* auf ein gutes Leben, um Risiken für dieses selbst auszuschließen auf der anderen Seite. Fragen, die hier in den Blick geraten, sind die danach, was denn ein gutes Leben eigentlich auszeichnet, wie die demokratischen (vulgo: wahlpolitischen) Mehrheiten verteilt sind und ob die Aufrechterhaltung einer imperialen Lebensweise sozialmoralisch akzeptabel, die Pflicht zur Vernunft hingegen, zumindest temporär, vernachlässigbar ist.¹⁷

In Entscheidungssituationen stellt die Nichtbeantwortbarkeit dieser Fragen oft ein Dilemma dar, das in der Corona-Krise mit dem Argument der unmittelbar drohenden Gefahr gelöst wurde. Und zwar, indem, zumindest temporär, der Verzicht auf ein gutes Leben quasi verordnet wurde. Unter sachlogischer Abwägung aller Entscheidungsparameter erschien dies als zugleich verantwortlich

16 Die zentrale Frage hier ist die, inwieweit Politik an den Folgen ihres Handelns unter der Bedingung von Nichtwissen gemessen werden kann. Die Webersche Antwort hierauf, dass dies im Horizont der Politik als Beruf liege, suspendiert die nicht erwünschten Folgen politischen Handelns unter der Bedingung von Nichtwissen aus den Bereichen Moral, Ethik oder Verantwortung und rückt sie in die Nähe binärer Codes wie politisch falsch oder richtig. Moralisch richtig wäre insofern, was nach hinreichender Abwägung als beruflich falsch oder richtig entschieden würde.

17 Aus Vernunftgründen getroffene Entscheidungen unterscheiden sich ja häufig grundlegend von denen, die der Aufrechterhaltung eines vermeintlich guten Lebens dienen – und beide noch einmal von solchen, die im Horizont von Utopien getroffen werden. Während erstere verantwortbare Reaktionen mit Blick auf das Gegenwärtige erfordern, werfen die anderen ihren Blick weit nach vorn, fast immer auf einen als ideal konzipierten Endzustand, versehen mit der Hoffnung auf Erlösung von den (hierfür in Kauf genommenen) Übeln des Gegenwärtigen im Zukünftigen.

und moralisch.¹⁸ Anders hinsichtlich der ökologischen Krise. Hier ist der Primat des Abwägens ständiger Begleiter. Und verfangen in der Dauer-Deliberation kommt es auf diesem Felde zu nur geringen und der realen Entwicklung wenig angemessenen politischen und lebenspraktischen Abweichungen von den bekannten Pfadabhängigkeiten.

Dass Politik als Sachwalter des Allgemeininteresses in Krisenzeiten zu handeln, also entsprechende Maßnahmen in Gang zu setzen hat, ist evident und begründet sich im Aufbau der Gemeinwesen in modernen demokratischen Staaten. Es begründet sich auch in der Tatsache, dass die *res publica*, in Krisensituationen stets ein vulnerables Geschöpf, ihre eigene Regierung (anders als im Falle von Elternschaft) in der Hoffnung hervorgebracht hat, diese möge die Interessen ihrer Erzeuger*innen vertreten. Man wird Regierungen im Interesse der eigenen Wohlfahrt also einerseits stets vertrauen müssen, sie aber andererseits immer auch kritisch beobachten und nur begrenzt eine Art Urvertrauen zu ihnen entwickeln.¹⁹

Auch hieraus resultieren Fragen: „Was kommt danach? Wohin wird es führen?“ und zugleich

auch: „Was ging vorher? Wie vereinigt sich das jetzt Geschehene mit dem ganzen Gewordensein dieser Existenz?“ (Jonas 1993: 196). Politische Verantwortung hat diese Fragen, und damit die Historizität ihres eigenen Zustandekommens, also stets ebenso im Auge zu behalten wie „die ebenso offenbaren Ansprüche einer Zukunft des Gemeinwesens über die jetzt Lebenden hinaus“ (Jonas 1993: 197). Ungewissheit, das Begehen verhängnisvoller Irrtümer oder das Treffen von Fehlentscheidungen – all das sind damit die dem politischen Handeln stets immanenten Wegbegleiter. Und sie werden in dem Maße immer unvermeidbarer, in dem Unklarheit oder, schlimmer noch, Nichtwissen über die eigentlichen Ursachen einer Misere vorherrschen. Moralische Verantwortung oszilliert in diesem Falle häufig diffus zwischen den Polen Erhalt „der physischen Existenz zu den höchsten Interessen, von Sicherheit zu Fülle des Daseins, von Wohlverhalten zu Glück“ (Jonas 1993:190).

Eine von guten Gründen geleitete Verantwortung darf aber nicht zuallererst in der Gewährleistung eines vermeintlich guten Lebens bestehen, sondern sie muss dieses weitsichtig zu überschreiten in der Lage sein. Denn eine solche, vor allem dem Gefühl folgende Verantwortung erwiese sich möglicherweise als „Irrtum des Sentimentalismus“ (Nida-Rümelin 2011: 15) und wäre damit ihrerseits unverantwortlich.²⁰ Andererseits darf sie aber auch das gute Leben der Bürger*innen nicht völlig außer Acht lassen. Genau darum setzt politisches Handeln stets die Trias von Freiheit, Rationalität und Verantwortung voraus: die Freiheit unter mehreren Optionen auszuwählen und dabei rational-vernünftige Entscheidungen zu treffen, die ihrerseits den Menschen, gerade weil sie vernunftbegabt und damit moralisch sind,

18 Moralisch verantwortliches Handeln verkoppelt allerdings nicht selten sachlogisch gute Gründe und innere Überzeugungen miteinander, was auf die Trennschärfe ihrer Differenz zurückwirkt: Klugheit und Sachlichkeit, Altruismus und Eigeninteresse, all dies vermischt sich häufig miteinander. Wegweisend für den moralisch verantwortlich handelnden Akteur bleibt von daher nur der Grundsatz, stets nach bestem Wissen und Gewissen seinen „Teil zu einer humanen Struktur des menschlichen Zusammenlebens“ (Nida-Rümelin 2011: 178) beizutragen.

19 Die Erfahrung lehrt, dass die Ungleichheit der Verhältnisse und Lebenslagen vor allem in Krisen über deren Erträglichkeit entscheidet. So sind es vor allem die Ärmere, die unter Krisen jedweder Art am meisten zu leiden haben. Während etwa die ökonomischen Eliten und selbst Mittelschichtangehörige es sich gegenwärtig leisten können, sich (zumindest teilweise) in ihre privaten Refugien zurückzuziehen und dort ein vergleichsweise komfortables Leben zu führen, bleiben jene am unteren Rand hiervon ausgeschlossen. „Wer Eigentum hat, dem können die Leute nicht zu nahe kommen und anhusten“, so Susann Witt-Stahl (2020).

20 Konkreter formuliert: Die Subventionierung von PKW mit Verbrennungsmotoren, Kreuzfahrten oder Fluggesellschaften angesichts der ökologischen Verwerfungen wäre in diesem Sinne ebenso unverantwortlich wie das Zulassen von Hüttenpartys während der Corona-Pandemie.

auch zumutbar sind (Nida-Rümelin 2011: 17, vgl. auch: Kant 1968, Kant 2011: 57 ff.). Handeln, das allein einem guten Leben Vorrang gibt vor der Vernunft, wäre hinsichtlich der hier zur Disposition stehenden Krisenereignisse also kaum verantwortliches Handeln. Aber wäre es wenigstens moralisch?

Bei der Beantwortung dieser Frage kommt das Pendant des politisch verantwortlichen Handelns ins Spiel: Der Citoyen selbst, der/die mündige Bürger*in, denn Moral ist stets „symmetrisierter Sinn“, der unter dem „Verbot der Selbstexemption“ (Luhmann 1996: 242) operiert. Das bedeutet: „Wer Moral einfordert, muß sie auch für sein eigenes Verhalten gelten lassen.“ (Luhmann 1996: 242). Dabei kann niemand nicht handeln und es ist anzuerkennen, dass Entscheidungen in demokratisch verfassten Gesellschaften auf die mehrheitliche Zustimmung all jener zurückzugehen haben, für deren *raison d'être* Politik entsprechende Maßnahmen (flankiert von einer auf Wahrheit verpflichteten Wissenschaft) in Gang gesetzt hat.

Der/dem Bürger*in obliegt es also, sich im Rahmen dieses Austauschverhältnisses angemessen reziprok zu verhalten, die Sachlage zu verstehen und zu beurteilen, Zusammenhänge und Notwendigkeiten zu erkennen, dabei Werturteilen aus dem Wege zu gehen, und, bestenfalls im Geiste der Aufklärung, seinerseits im Sinne des Gemeinwesens zu handeln. Im Idealfall jedenfalls, denn der Grad moralisch verantwortlichen politischen Handelns ist schmal und bemisst sich nicht allein am Umstand der großen Zahl seiner kompetenten Befürworter*innen.

Eine solche Erwartung ist höchst anspruchsvoll. Wissen und Verstehen sind hierbei ebenso wichtig wie das Vorhandensein bestimmter (Bürger*innen)Tugenden, ein gewisses Abstraktionsvermögen und Vertrauen in die Richtigkeit des auf Expert*innenmeinung basierenden Handelns der Verantwortlichen – und all dies

noch einmal unter Krisenbedingungen. Abstraktionsvermögen meint hier etwa die Fähigkeit zu erkennen, dass etwas in mehrfacher Hinsicht nicht Sichtbares, gleichwohl sehr real seine Wirkung zu entfalten in der Lage ist. Im Falle einer Pandemie also das Virus, die Anzahl der Infizierten und exponentiell sich entwickelnde Infektionsketten oder die aus epidemiologisch-statistischen Modellierungen sich ergebenden Bedrohungsszenarien; im Falle der ökologischen Krise etwa der Anstieg der Meeresspiegel, die Belastung der Böden mit Pestiziden und Herbiziden, der Anstieg der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre oder der allmählich einsetzende ökologische Dominoeffekt. All dies zu erkennen und anzuerkennen setzt Vertrauen voraus. Vertrauen in die Richtigkeit der wissenschaftlichen Expertise, die die Messung und Bewertung des Unsichtbaren einschließt, in die medialen Informationen hierüber, in die entsprechenden Prognosen sowie in die Richtigkeit der vor diesem Hintergrund getroffenen politischen Maßnahmen. Das alles ist, wie gesagt, sehr voraussetzungsvoll und schlussendlich immer auch eine Funktion von Urteilsfähigkeit und damit von Bildung, vor allem von höherer Bildung, die sich damit als einer der Schlüssel zur Problemlösung erweist. Man muss dem Geschehen ja nicht vollumfänglich zustimmen, man muss es allerdings hinreichend zu verstehen und zu bewerten in der Lage sein.

All dies benötigt aber auch Vertrauen und Vertrauen in das Vertrauen. Vertrauen darin also, dass den gesellschaftlichen Funktionssystemen und auch den in ihnen Handelnden hinsichtlich ihres Bemühens vertraut werden kann – was im Umkehrschluss nur entstehen kann, wenn Verständigung auf der Grundlage von Wissen, Verstehen und Abwägungskompetenz möglich ist. Das Problem hieran: Solche Voraussetzungen sind immer nur so weit entwickelt, wie Sozialisation und Erziehung in einer Gesellschaft sie zulassen und ermöglichen. Und nur allzu häufig schreiten die gesellschaftlichen Probleme expo-

nentiell voran, während sich Wissen, Verstehen und Lösungskompetenzen bestenfalls in arithmetischer Reihe entwickeln.

An dieser Stelle kommt etwas Weiteres ins Spiel: die Pflicht zum sittlichen Handeln als innere Stimme des Sollens. Ein solches Sollen (in Abgrenzung vom Möchten oder Wollen) kollidiert auf Seiten des Citoyen mit zwei historisch erworbenen Eigenschaften, die der Genese seiner Bedürfnisstruktur entsprechen: mit einem extremen Individualismus sowie einem ausgeprägten Hedonismus. Beides ist aber nur dann überwindbar, wenn das Motiv des Handelns nicht zuvörderst dem Lustprinzip folgt, der/die Handelnde also über die Fähigkeit verfügt, sich auch gegen innere Bedürfnisse handelnd in Szene zu setzen (Etzioni 1999: 165 ff.). Oder, um es mit einem Kantischen Gedankengang zu formulieren: Ein Handeln ist vor allem dann sittlich, wenn es sich gegen die auf Lustgewinn angelegten Affekte des Handelnden selbst zu wenden in der Lage ist – und sich dabei in einem Akt der Selbstüberwindung durchzusetzen vermag. Es folgt damit dem Gesetz objektiver Vernunft, das sowohl universell als auch der Idee der Sittlichkeit/Moralität (als Anerkennung eben dieser objektiven Vernunft) verpflichtet ist und in einem allgemeinen Sittengesetz gründet. Die Anerkennung der Pflicht zur Sittlichkeit (Moral) ist es also, die es dem vernunftbegabten Menschen ermöglicht, sein Handeln gegen die eigenen Affekte im Auftrag einer höheren Pflicht in Gang zu setzen. Erst diese Fähigkeit zur Selbstüberwindung verschafft dem Handelnden tiefe und wahre Befriedigung (Kant 2011).

Sinnvolles Handeln bezöge sich damit also auf eine objektiv begründbare und begründete Vernunft, die nicht allein dem Lustprinzip folgt, sondern den einzelnen auch in epistemologischer Hinsicht an das allgemeine Vernunftgesetz samt seiner moralischen Folgen bindet. Vonnöten wären dazu allerdings unter anderem bestimmte Sozialisations- und Bildungserfahrungen, bei

denen vor allem im Bereich der politischen Bildung Moral und Verantwortung den Rahmen darstellten für die Bindung aller Bürger*innen an entsprechende Handlungsbereitschaften. Freier Diskurs und demokratische Kontrolle wären weitere zentrale Voraussetzungen für die Hervorbringung eines/einer solchermaßen vernunftbegabten, verantwortungsbewussten und sittlich handelnden, aufgeklärten Aktivbürger*in. Ein solches Menschenbild ist als Zielfigur in Rechnung zu stellen, wenn eine Politik der Verantwortung im Horizont von Vertrauen affiziert und bejaht werden soll. Politik ihrerseits müsste, wollte sie denn ein Höchstmaß an Akzeptanz und Zuspruch für sozialmoralisch geleitete Entscheidungen erlangen, nicht nur mehrere Aspekte und Verläufe laufend gegeneinander abwägen (etwa ökologische, soziale und ökonomische Parameter in all ihren Verzweigungen); sie wäre auch gut beraten, genau jene Institutionen zu fördern, die als Ermöglichungsräume für die Hervorbringung solcher Persönlichkeitstypologien dienen.

Wissen, Vernunft und Verantwortung scheinen aber keine unbegrenzten Ressourcen zu sein, wie in der Corona-Krise zu besichtigen ist. Die Frage ist also die, ob und falls ja, wie sich relativ offene und individualisierte Gesellschaften mit weitreichenden hedonistischen Ansprüchen ihrer Mitglieder im Falle einer Krisenbewältigung sinnvoll regulieren lassen. Derzeit ist zu erleben, dass aus der Forderung nach Solidarität eine zumindest temporäre Wir-Realität erwuchs, die mehrheitlich genau das hervorgebracht hat, was als Ideal von ihr selbst konzipiert wurde. Damit dominiert unter den Bürger*innen ein Amalgam aus Regulierungsoffenheit und Vernunft auf der einen Seite, dem auf der anderen eine zunächst kleine, künftig aber vermutlich stetig wachsende Anzahl skeptischer Bürger gegenübersteht, die nicht sieht, was sie nicht sehen kann oder sehen möchte, und die nicht handeln kann, wie es den Umständen angemessen wäre. Vielleicht wird also die Losung bald lauten: „Das Gesetz des Ab-

stands gilt darum nichts mehr, die Vereinsamung hat ihren Zauber eingebüßt“ (Plessner 2001: 28). Das jedenfalls konstatierte Plessner vor rund 100 Jahren, beklagte damit allerdings nicht die Lockerungen eines sich allmählich auflösenden Lockdowns, sondern die Rückkehr des *Wir* als Ort sozialer Nivellierung, gegen die er argumentativ zu Felde zog.

Ermutigt also der Blick auf das forsche Handeln und Entscheiden der Regierenden und die zumindest temporäre Akzeptanz auf Seiten der Bürger*innen in der Corona-Krise dazu, Ähnliches auch für die Bewältigung der ökologischen Krise zu hoffen? Und wäre – den sogenannten Lockdown einmal als Verfügung zu Suffizienz und Degrowth genommen – hier und heute wie in einem Brennglas zu besichtigen, wie Menschen reagieren, wenn man ihnen die Freiheit des Konsumierens nimmt? Sehen wir in der Corona-Krise bereits heute die Reaktionsmuster von morgen, wenn die ökologische Krise immer weitreichendere Ausmaße annimmt und die Regierungen sich zu immer drastischeren Maßnahmen gezwungen sehen? Und was genau bedeuten vor diesem Hintergrund dann Wissen, Vernunft, Verantwortung und sozialmoralisches Handeln?

Die Beantwortung all dieser Fragen ist schwierig und hätte mit Blick auf die hier diskutierten Zusammenhänge zunächst mehrere Differenzen in Rechnung zu stellen: etwa die unterschiedliche Intensität der Krisengeschehnisse, ihre unterschiedlichen Erscheinungsformen oder die Sichtbarkeit/Unsichtbarkeit des Zusammenhangs zwischen Ursache und Wirkung. Grundlegend wäre sicherlich zunächst das Kennen und Anerkennen der Gleichursprünglichkeit beider Krisen, trotz der Unterschiedlichkeit ihrer Folgen und Entwicklungslogiken. Ob es unter der Bedingung hochgradig individualisierter und von spontanem Hedonismus geprägter Gesellschaften allerdings gelingen kann, langfristig unbeschadet entsprechende Maßnahmen in Gang zu setzen, ist eher

fraglich. Fraglich ist damit, ob es möglich ist, längerfristig eine Art Bereitschaft zur Sittlichkeit in Gang zu setzen, die sich gegen die eigenen Bedürfnisse und Affekte richtet. Eine Autonomie der Vernunft jedenfalls, die am Ende selber zur Quelle von Affekten geworden ist, wie Kant fordert, scheint derzeit nirgendwo erkennbar und würde sich zudem vermutlich auch dem Vorwurf der „autoritären Unterwürfigkeit“ (Adorno) aussetzen.

Auch dürften sich Fehlschlüsse, Aporien und Paradoxien einreihen in die Phalanx der Widrigkeiten. So etwa das sogenannte „Präventionsparadox“ (Geoffrey Rose), ein in der Epidemiologie bekanntes Dilemma, demzufolge präventive Maßnahmen dem Einzelnen kaum Vorteile bieten und erst gemeinschaftliches Handeln die gewünschte Wirkung entfaltet – dann allerdings stets für alle, was sinnvolles und vernunftgeleitetes Handeln in individualisierten Gesellschaften auf Dauer erschwert, denn je besser der Schutz und je weniger Infizierte, desto geringer die Disziplin. Um all dies zu sehen und zu verstehen, sind Sachkompetenz, Abstraktionsvermögen und Selbstdistanzierungsfähigkeit notwendig. Denn erst auf dieser Grundlage können sich Verantwortungsbewusstsein, Vertrauen sowie eine gewisse Bereitschaft zum Verzicht aus Einsicht in das Notwendige entfalten. Daran allerdings mangelt es derzeit noch allerorten im Angesicht weit verbreiteter gesellschaftlicher Unvernunft.

Stellt sich die Frage, worin die verbreitete Abwesenheit von Vernunft und Verantwortung sowie die Anerkenntnis der Idee einer Pflicht dazu als inneres Bedürfnis sich begründet und wie ein solches denn hergestellt werden kann. Eine Antwort hierauf kann an dieser Stelle schwerlich gegeben, wohl aber ein Vorschlag für eine entsprechende *Reifeprüfung* unterbreitet werden: die Bewältigung des Präventionsparadoxons etwa wäre aus dieser Perspektive der Lackmestest für das Vorhandensein einer gewissen Reife und so-

zialmoralischen Verantwortungsfähigkeit einer Gesellschaft – wenn man es denn so betrachten möchte...

Aber zurück zum Eigentlichen. Bürger*innen gerade in Krisensituationen als verantwortungsbewusste Partner*innen wahrzunehmen, ist offenbar nicht immer einfach und möglich. Anleitungen für allgemein richtiges Handeln kann es bei alledem weder hier noch dort geben. Und ebenso wenig einen moralischen Monotheismus für verantwortliches Entscheiden. Auch eine Pflicht zum Vertrauen in die aus den Krisen resultierenden Handlungsnotwendigkeiten vorzusetzen, wäre wohl fehl am Platze. Allerdings wäre bereits viel gewonnen, wenn der Blick aller Handelnden sich nicht vom gleichursprünglichen Auslöser beider Krisen weglenken ließe. Zivilisatorischer Fortschritt, Raubbau an der Natur, Ökonomisierung, Globalisierung, Mobilität, Hyperkonsum usw., all dies als Ursache für beide Krisenformen epistemologisch auszusparen, wäre fahrlässig, und es ist zu hoffen, dass eine solche Invisibilisierung keine im Wissen um die aus ihr resultierenden Konsequenzen gewollte ist – etwa aus Angst davor, dass damit eine verbreitet imperiale Lebensweise insgesamt in den Fokus geriete und zur Disposition gestellt werden müsste.

6. Plädoyer für eine Überwindung multipler Resonanzen

Kehren wir zurück zum Ausgangsgedanken und fragen: Was könnte, mit Blick auf das gegenwärtige Krisengeschehen, verantwortungsvolles politisches Handeln bedeuten? Ein Handeln also, das die Gleichursprünglichkeit der Krisen sowie die Unumkehrbarkeit ihrer Folgen anerkennt, sozialmoralisch verantwortliche Entscheidungen trifft, entsprechende Maßnahmen einleitet und bei alledem zur Akzeptanz seiner selbst ermutigt? Epistemologisch sinnvoll wäre es hierbei, zunächst die Einheit einer Unterscheidung (von Krisenursache

und ihren pandemischen Folgen) in Relation zur Einheit einer anderen Unterscheidung (von Krisenursache und ihren ökologischen Folgen) zu setzen. Was, so wäre zu fragen, könnte sinnvolles und verantwortliches Krisenhandeln im Horizont einer solchen Denkfigur auszeichnen? Dies unter der Bedingung, dass der Zusammenhang der einen Unterscheidung in Rechnung gestellt würde für das Erkennen des Zusammenhangs der anderen – vor allem mit Blick auf die daraus resultierenden Handlungsgebote. Wie verhielten sich vor diesem Hintergrund Handeln und Nicht-handeln zueinander? Wo lägen Versäumnisse und wo würden notwendige, verantwortungsvolle Handlungsschritte erkennbar, die bislang möglicherweise unterlassen wurden? Denn die Anerkennung des Zusammenhangs von Ursache und Wirkung begründet ja ihrerseits noch kein Handeln; sie begründet aber die Notwendigkeit, Nicht-handeln zu begründen. Bei alledem steht zu erwarten, dass sich auf der Suche nach Antworten auf diese Fragen die Falschheit eines Denkens zeigt, das gegen das Erkennen seiner eigenen Falschheit weitgehend immun geworden ist. Das ist das eine.

Das andere: Folgt man dem Gedanken der Gleichursprünglichkeit, so müsste konstatiert werden, dass beide Krisen in einem wesentlichen Punkt einander berühren. Denn unabhängig von ihrem jeweiligen Ausmaß und Verlauf ist absehbar, dass der ökonomische Schaden als Folge der Corona-Krise per Saldo schwer wiegen wird. Es ist also absehbar, dass viele Unternehmen in wirtschaftliche Not geraten, möglicherweise sogar insolvent werden; andere ihre Produktion und ihr Angebot einschränken, erweitern oder auf die Herstellung neuer Produkte ausweichen werden. Dies ist also die Stunde struktureller Anpassungen. Nur: Woran eigentlich sollen sich Unternehmen und ganze Wirtschaftszweige anpassen in Zeiten des Ein- und Umbruchs? An ein *Weiter-So wie*

*bisher?*²¹ oder an ein künftiges *Weniger und anders* im Sinne einer Reduktion von Produktion und Konsumtion, Mobilität und Arbeit? Und wie wären dann Güter und Dienstleistungen, Arbeit und Einkommen, Zeit und Mobilität neu zu verteilen?

Exakt im Horizont solcher und ähnlicher Fragen ergeben sich Berührungspunkte und damit Freiheitsspalte für eine ökologische Wende. Denn ließe es sich vermeiden, reflexartig in alte, lineare Pfadabhängigkeiten eines Immer-Mehr zurückzugleiten, könnte sich die Corona-Krise auch als Chance für die Bewältigung jener anderen Krise erweisen, die derzeit in die zweite Reihe gerückt zu sein scheint – und die doch weiterhin ihre Schatten vorauswirft.²² Eine Politik der Verantwortung hätte dies im Auge zu behalten und dürfte in Zeiten wie dieser nicht allein den Apologet*innen des Wiederaufschwungs Gehör schenken, sondern vor allem jenen, die für eine gesellschaftliche Transformation im Sinne einer sozial-ökologischen Wende plädieren.

Wie weit reicht politische Verantwortung im Angesicht der Krise und wie weit reicht sie in die Zukunft hinein? Was erweist sich heute als weitsichtig, obwohl es erst morgen, möglicherweise erst Jahre oder Generationen später für gut und richtig befunden werden wird? Und werden entsprechende Entscheidungen vom konsumfixierten Citoyen der Erlebnisgesellschaft auch entsprechend goutiert? Die Antwort für politisches Handeln ist im Grunde banal, denn Unheilspro-

phazeiungen, zumal wenn sie gut begründet sind, erfordern stets entschlossenes Handeln, um ihr Eintreten zu verhindern. Die Corona-Krise ist ein gutes Beispiel hierfür. Und „es wäre die Höhe der Ungerechtigkeit, etwaige Alarmisten später damit zu verspotten, daß es doch gar nicht so schlimm gekommen sei: ihre Blamage mag ihr Verdienst sein“ (Jonas 1993: 218). Dafür aber wären Hinwendung und Abkehr gleichermaßen nötig: Hinwendung zu sozialmoralischer Vernunft und eine weniger konsumorientierte Lebensweise; Abkehr vom Gottglauben an Wissenschaft und Technik im Dienste des kapitalistischen Wachstums und auch daran, „daß überhaupt der willkommenen Überraschungen des Fortschritts kein Ende ist und die eine oder andere uns schon rechtzeitig aus der Klemme helfen wird: das ist zwar nach allem Erlebten des letzten Jahrhunderts keineswegs auszuschließen, aber darauf zu bauen, wäre gänzlich unverantwortlich“ (Jonas 1993: 219).²³

Aktuelle Überlegungen wären folglich darauf zu richten, an die ökonomische Misere im Gefolge der Corona-Krise sinnvoll anzuschließen und die Erfahrungen der Bürger*innen in und mit ihrer neuen Lebenssituation dabei zu nutzen. Denn „Die Gesellschaft wird nicht lange stillhalten“ und „wenn die Funktionssysteme wieder in ihre Dynamik zurückkehren, ist dies nicht nur ein Wiederanlassen von etwas, das, wie eine

21 So forderten etwa Vertreter der Automobilindustrie angesichts der Corona-Krise, die Klimapläne der Europäischen Union auszusetzen oder zeitlich zu strecken, und halten, ganz in Sinne linearer Steigerungslogik, weitere Verschärfungen für ökonomisch verwerflich (Balsler et al. 2020).

22 In Vergessenheit geraten sind offenbar die Extremwetterlagen und Missernten, die infolge anhaltender Trockenheit in den Jahren 2018 und 2019 auch in Deutschland zu verzeichnen waren und uns auch weiterhin plagen werden; die Schädigung der Wälder, das Austrocknen von Bächen und Flüssen oder das von uns allen fast unbemerkte Verschwinden ganzer Arten und das Vorrücken anderer.

23 Bereits vor mehr als 100 Jahren orakelte Oswald Spengler über den Sinn der Technik. „Auf der einen Seite“, so konstatierte er, „waren es die Idealisten und Ideologen, die Nachzügler des humanistischen Klassizismus der Goethezeit, welche technische Dinge und Wirtschaftsfragen überhaupt als außerhalb und *unterhalb* der Kultur stehend verachteten. (...) Auf der anderen Seite stand der Materialismus von wesentlich englischer Herkunft, die große Mode der Halbgebildeten in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, der liberalen Feuilletons und radikalen Volksschmattsteller, die sich für Denker und Dichter hielten“ (Spengler o.J.: 11-12). Den einen fehle es somit an Wirklichkeitssinn, den anderen an „Tiefe“, resümierte Spengler. Ideal war, was Nutzen brachte – und das war zuvörderst eines: Arbeitserleichterung und Fortschritt durch Technikeinsatz.

temporär ausgeschaltete Maschine, seine Normaloperationen wieder aufnimmt. Es ist immer auch ein Neubeginn“ (Stichweh 2020: 203). Strukturhilfen und finanzielle Transfers im Rahmen dieses Neubeginns sollten von daher auf Solidarität und Verantwortung fußen und nicht auf dem Wiedererstarken des Alten. Unternehmen oder ganze Wirtschaftszweige, die sich diesem Gedanken verweigern, dürften nach moralischen Maßstäben keinen Zugang zu Fördergeldern erhalten. All dies bedeutet: Förderung, Neujustierung und Reduktion des ökonomischen Produktions- und Verbrauchsapparats unter der Ägide einer stärker sozial-ökologischen Perspektive. Für jeden einzelnen Betrieb und Wirtschaftszweig könnte dies zudem bedeuten, aus der Krise zu lernen und gestärkt aus ihr hervorzugehen. Dies würde auch den Bürger*innen gerecht, die die milliardenschweren Unterstützungsleistungen am Ende erarbeiten und die ein objektives Interesse daran haben, dass die von ihnen Gewählten sich um ihre Unversehrtheit und die ihrer Nachkommen jetzt und in der Zukunft bemühen. Für den Moment jedenfalls sieht die Lage angesichts der Entscheidungen in Vergangenheit und Gegenwart eher gemischt bis düster aus, und die Volksweisheit *nach der Krise ist vor der Krise!* trifft vermutlich die Situation.

Bei alledem ergäben sich für den Umgang mit der Corona-Krise zwar nur wenig neue Perspektiven, wohl aber für die Bewältigung der längerfristig schwelenden ökologischen Krise. Das beherrzte Nutzen von Freiheitsspalten und Möglichkeitsräumen der politischen Gestaltung, die aus der Corona-Krise gerade erwachsen, könnte hier den Weg weisen. Verhaltenspsychologische Begleitmaßnahmen seitens der Regierung und die Gewöhnung an Reduktion und Suffizienz im Horizont einer neuen Konsumkultur würden durchaus sinnvoll das Trommelfeuer einer Werbeindustrie ersetzen, die bisher mehr geschadet als genutzt hat.

Verantwortungsvolles Regierungshandeln, hier nur kursorisch skizziert, bedeutete also zunächst eine Abkehr von der doppelten Resonanz in den eigenen Aktions- und Reaktionsmustern und die Hinwendung zu den zentralen Ursachen für in vielerlei Hinsicht gravierende Verwerfungen. Dabei wäre sie allerdings angewiesen auf ebenfalls in diesem Sinne funktionierende Funktionssysteme, von denen zwar kein koordiniertes und sachangemessenes Handeln zu erwarten wäre, die aber unter der Ägide eines politischen Zentrums ihren Teil dazu beitragen könnten, soziale, ökologische und ökonomische Verwerfungen jetzt und in der Zukunft abzufedern. Und last but not least zählt hierzu auch der all dies kritisch begleitende, aufgeklärte, sozial engagierte und zur Verantwortungsübernahme fähige und bereite Aktivbürger, der seinerseits im Wesentlichen nur als Produkt einer entsprechenden politischen Sozialisation vorstellbar ist.

Ob es bei der Lösung der anstehenden Fragen und Probleme zu einer Überwindung der bisherigen Systemlogik oder wenigstens einiger ihrer scheinbaren Selbstverständlichkeiten kommt, sei dahingestellt. Auf alle Fälle wäre mit Blick auf verantwortungsvolles Handeln eine Perspektive zu entwickeln, die in ihren Grundlagen umfassend gemeinschaftsorientiert ist. Obwohl all dies einer Bevölkerung im Schwange ihres epochalen Konsumrausches vermutlich nicht leicht zu vermitteln sein wird, sind Schock und Stillstand vielleicht nicht die schlechteste Gelegenheit für eine Neubessinnung, für das Hinterfragen der Linearitätslogik oder sogar für eine Umkehr. Vielleicht gelänge es ja wenigstens, zu einer der bisher verpassten Weggabelungen zurückzukehren, an denen wir im Rausche eines unreflektierten Höher, Schneller und Weiter achtlos vorbeigeeilt sind. Aber dürfen wir auf so etwas überhaupt hoffen?

Literatur

- Balsler, M./Bauchmüller, M./Beisel, K. M. (2020): Autobranche will EU-Klimapläne bremsen. Online: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/auto-grenzwerte-2020-klimawandel-1.4865763> [Zugriff: 14.07.2020].
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. (2008): Weltrisikogesellschaft: Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bethge, P. (2020): Ökologie: Umweltzerstörung, Klimawandel, Artensterben – auf Umwegen züchtet der Mensch neue Seuchen. In: DER SPIEGEL Nr. 15 vom 4.4.2020.
- Bloch, E. (1985): Das Prinzip Hoffnung. Bd. I-III. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Block, K./Brand, K. W./Henkel, A./Barth, T./Bösch, S./Dickel, S./Görge, B./Köhrsen, J./Pfister, T./Wendt, B. (2019): Soziologie der Nachhaltigkeit. Zwischen Transformation und Reflexion. In: Soziologie und Nachhaltigkeit. Sonderband I.
- Brand, U./Wissen, M. (2011): Sozial-ökologische und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirović, A./Dücker, J./Becker, F./Bader, P. [Hrsg.]: Vielfachkrise im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA, S. 78-93.
- Carson, R. (1987): Der Stumme Frühling. München: C.H. Beck.
- de Haan, G./Kuckartz, U. (1996): Umweltbewusstsein. Denken und Handeln in Umweltkrisen. Oplade: Westdeutscher Verlag.
- Deutscher Bundestag (2012): Drucksache 17/12051, 17. Wahlperiode vom 03.01.2013, Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012. Online: https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Downloads/Krisenmanagement/BT-Bericht_Risikoanalyse_im_BevSch_2012.pdf?__blob=publicationFile [Zugriff: 14.07.2020].
- Diamond, J. (2005): Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Diekmann, A./Preisendörfer, P. (2001): Umweltsociologie. Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Verlag.
- Etzioni, A. (1999): Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie. Berlin: Ullstein-Verlag.
- Fleischer, S. (2013): Unternehmertum macht Schule?! Zur Konstruktion unternehmerischer Arbeitssubjekte durch ein neoliberal inspiriertes Bildungssystem. Marburg: Tectum Verlag.
- Hoffmeister, D. (2015): Fortschritt zwischen Illusion und Störfall. Zur Antiquiertheit des Fortschrittsbegriffs in Zeiten gesellschaftlicher Transformation – ein Essay. In: Soziologie und Nachhaltigkeit. 1. Jg, 1. Heft.
- Huber, J. (1991): Fortschritt und Entfremdung. In: Hassenpflug, D. [Hrsg.]: Industrialismus und Ökoromantik. Geschichte und Perspektiven der Ökologisierung. Wiesbaden: DUV, S. 19-43.
- Jonas, H. (1993): Das Prinzip Verantwortung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kant, I. (1968): Kants Werke (Akademie-Textausgabe). Band 3: Kritik der reinen Vernunft. 2. Auflage 1787. Berlin: de Gruyter & Co.
- Kant, I. (2011): Kritik der praktischen Vernunft. Köln: Anaconda.
- Klafki, K. (1992): Allgemeinbildung in der Grundschule und der Bildungsauftrag des Sachunterrichts. In: Lauterbach, R./Köhnlein, W./Spreckelsen, K./Klewitz, E. [Hrsg.]: Vorträge zur Gründungstagung der Gesellschaft für Didaktik des Sachunterrichts e.V. (DGSU). Kiel, S. 11-31.

- Kneer, G./Nassehi, A. (2000): Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme. Eine Einführung. Stuttgart: UTB-Verlag.
- Kohr, L. (2002): Das Ende der Großen – Zurück zum menschlichen Maß. Salzburg: Otto Müller Verlag.
- Kupferschmidt, K. (2020): Seuchen. Stuttgart: Reclam.
- Luhmann, N. (1996): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Bd. I. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Marcuse, H. (1967): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Darmstadt: Luchterhand-Verlag.
- Marx, K./Engels, F. (1962): Werke. Band 23. Berlin: Dietz Verlag.
- Meadows, D./Meadows, D./Randers, J./Behrens, W. W. (1973): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Mukerji, N./Mannino, A. (2020): Covid-19: Was in der Krise zählt. Über Philosophie in Echtzeit. Ditzingen: Reclam.
- Nida-Rümelin, J. (2011): Verantwortung. Stuttgart: Reclam.
- Paech, N. (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: Oekom.
- Plessner, H. (2001): Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Radkau, J. (2011): Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte. München: C.H. Beck.
- Salfellner, H. (2020): Die Spanische Grippe. Eine Geschichte der Pandemie von 1918. Prag: Verlag Vitalis.
- Schäfer, M. (2008): Wo Infektionen geboren werden. In: Bild der Wissenschaft. Online: <https://www.wissenschaft.de/umwelt-natur/wo-infektionen-geboren-werden/> [Zugriff: 23.07.2020].
- Schulze, G. (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Sève, L. (1977): Marxismus und Theorie der Persönlichkeit. Frankfurt am Main: Verlag Marxistische Blätter.
- Spengler, O. (o.J.): Der Mensch und die Technik, Paderborn: Verlag Voltmedia.
- Stichweh, R. (2020): Simplifikation des Sozialen. In: Volkmer, M./Werner, K. (Hrsg.): Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft. Bielefeld: transcript, S. 197-207.
- Tjaden, K. H. (1992): Mensch – Gesellschaftsformation – Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur. 2. Auflage, Marburg: Verlag Arbeit und Gesellschaft.
- Weber, M. (1992): Gesamtausgabe. Abteilung I: Schriften und Reden. Bd. 17. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Welzer, H. (2011): Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam Online: https://digital.zlb.de/viewer/rest/image/15426038/Endf_Mentale_Infrastrukturen.pdf/full/max/o/Endf_Mentale_Infrastrukturen.pdf [Zugriff: 21.07.2020].
- Welzer, H. (2013): Selbst Denken. Eine Anleitung zum Widerstand. Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag.
- Wendt, B./Görge, B. (2017): Der Zusammenhang von Umweltbewusstsein und Umweltsverhalten. Eine explorative Studie zu einem Kernproblem der Umweltsoziologie am Beispiel von Wissensarbeiter*innen. Münster: MV Wissenschaft.
- Witt-Stahl, S. (2020): „Natürliche Auslese“. In: Hintergrund. Online: <https://www.hintergrund.de/wirtschaft/weltwirtschaft/natuerliche-auslese/> [Zugriff: 14.07.2020].
- World Economic Forum (2020): The Global Risks Report 2020, Sinsight Report, 15th Edition.

Online: http://www3.weforum.org/docs/WEF_Global_Risk_Report_2020.pdf
[Zugriff: 14.07.2020].